

# SONDERAUSGABE „Migration“

## Mit der Ampel in den Abgrund Deutschland 2023: Fakten statt Fake News

„Und ich hab ja auch ein ganz ordentliches Einkommen, deshalb gehöre ich ja nicht zu den Leuten, die jetzt immer auf den letzten... die also ganz genau bei jedem Preis hingucken.“

*Bundeskanzler Scholz*

„Was sind die Folgen für ein Land, das Hunderttausende Kilometer entfernt liegt?“

*Außenministerin Baerbock*

„Warum reagieren Ureinheimische so empfindlich, wenn sie ‚Kartoffel‘ genannt werden?“

*Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ataman*

„Dann sind die nicht insolvent automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen.“

*Wirtschaftsminister Habeck*

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf.“

*Vizepräsidentin des Bundestags Göring-Eckardt*

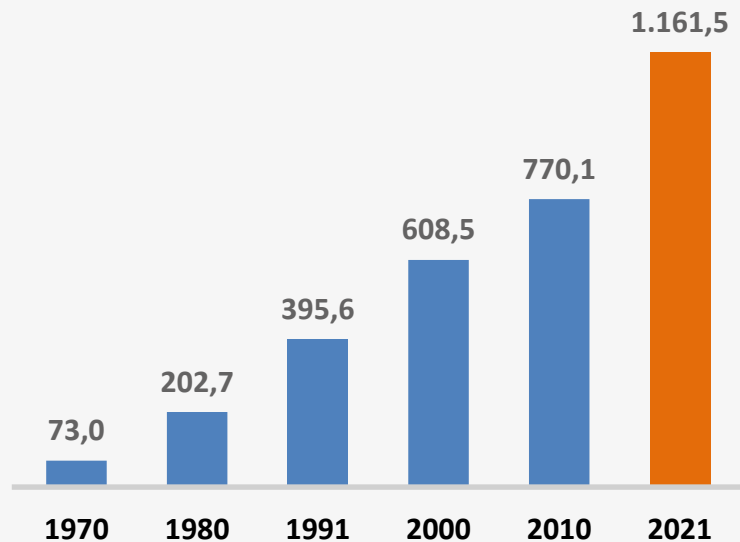


Landesverband  
Hessen

# Sozialausgaben beanspruchen über 1/3 unserer Wirtschaftsleistung

aktualisiert

**Sozialbudget in Deutschland von 1970 bis 2021**  
in Mrd. Euro



Quellen:

- 1) Statista: „Sozialbudget in Deutschland von 1970 bis 2021“, 02.08.2022
- 2) Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, 30.03.2023
- 3) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2021, Juni 2022

1

- Deutschland gab 2021 mehr als 32 % seines Bruttoinlandsprodukts (3,6 Billionen Euro) im Bereich Soziales aus (u. a. Rentenversicherung, Sozialhilfe, Grundsicherung/Bürgergeld).

2

- Infolge der verstärkten Einwanderung in die deutschen Sozialversicherungssysteme, ist in nächster Zeit mit dramatisch steigenden Beitragssätzen zu rechnen.

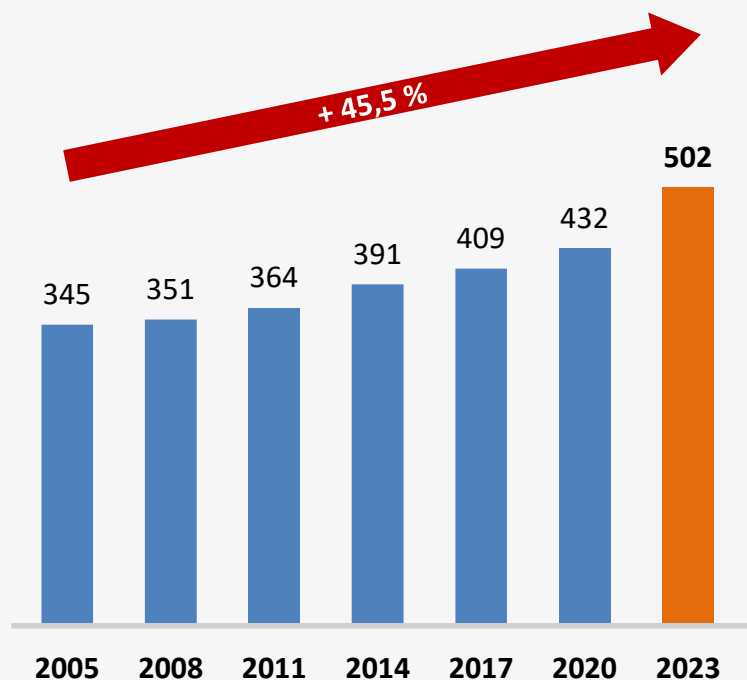
3

- Des Weiteren verteuern die höheren Sozialabgaben die Arbeitsplätze. Und das, obwohl Deutschland bereits heute unter den OECD-Staaten die zweithöchsten Abgaben hat.

# Das neue Bürgergeld wird dem Steuerzahler teuer zu stehen kommen

NEU

Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes bzw. des Bürgergelds in den Jahren von 2005 bis 2023 in Euro



Quellen:

1) Statista: „Höhe des Bürgergelds bzw. des Hartz-IV-Regelsatzes in den Jahren von 2005 bis 2023“, 22.12.2022 2) Merkur: „Hohe Kosten, Renten-Probleme und Sorge um den Zeitplan: Kommt das Bürgergeld doch später?“, 09.11.2022

1

- Im Januar 2023 wurde Hartz IV (Arbeitslosengeld II) durch das so genannte Bürgergeld abgelöst. Der Regelsatz erhöhte sich zum Jahr 2022 um 11,8 % auf 502 Euro.

2

- „Anspruch auf diesen vollen Regelbedarf haben Alleinstehende, Alleinerziehende sowie Volljährige, deren Partner minderjährig ist.“ Anspruchsberechtigte erhalten zudem die Kosten für die Unterkunft (Kaltmiete plus Heizkosten) und die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erstattet.“ Arbeitslose dürfen zudem „zwei Jahre lang 60.000 Euro eigenes Vermögen und 30.000 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied behalten.“

3

- Durch das neue Bürgergeld drohen dem Staat Mehrkosten, da „wegen der großzügigeren Vermögensregeln mehr Personen die neue Leistung in Anspruch nehmen werden. Dem Arbeitgeberverband zufolge könnten die Zusatzkosten bereits 2024 auf 5,1 Milliarden Euro, 2026 sogar auf über 5,8 Milliarden Euro steigen.“

# Fast 46 % der Bürgergeld-Bezieher sind Ausländer – Tendenz steigend

aktualisiert

1

- Insgesamt lebten im November 2022 fast 5,4 Mio. Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Allein von den 3,8 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind 45,6 % Ausländer. Die Ampelkoalition hat den Leistungsbezug unter der Bezeichnung „Bürgergeld“ durch eine Anhebung der Regelbedarfsätze, der Schonbeträge und der Karenzzeiten erleichtert bzw. ausgeweitet.

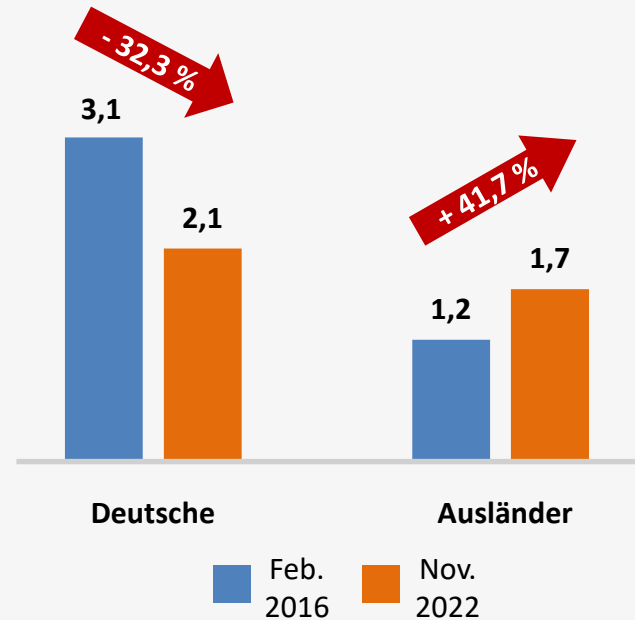
2

- Seit dem 1. Juni 2022 erhielten 662.854 ukrainische Kriegsflüchtlinge laut der Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Der DGB fordert zudem, dass künftig auch Asylbewerber einen Anspruch auf Grundsicherung erhalten.

3

- Immer noch leben 884.787 der im Zuge der Flüchtlingswelle seit 2015/16 nach Deutschland gekommenen Migranten von Bürgergeld (Nov. 2022). Im Februar 2023 waren 255.198 arbeitslos, weitere 449.999 waren arbeitssuchend. Selbst von den 523.257 (Dez. 2022), die Arbeit gefunden hatten, waren 352.731 Migranten (67,4 %) in unterqualifizierten Jobs beschäftigt.

**Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Grundsicherung im Vergleich in Mio. nach Jahren**

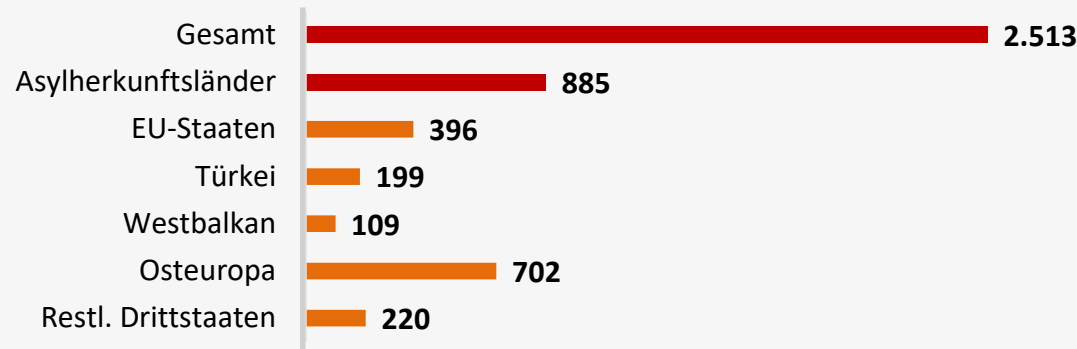


Quellen:  
 1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, Juni 2016 und Februar 2023  
 2) Der Westen: „Hartz 4: Ukrainer bekommen seit Juni 82 Euro mehr – Jobcenter überlaufen“, 04.06.2022  
 3) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: Bis zu 750.000 neue Hartz-IV-Empfänger 2022 – Regierung wiederholt Fehler von 2015“, 07.06.2022  
 4) Junge Freiheit: „Flüchtlingswelle: Es kamen keine Fachkräfte“, 25.05.2022  
 5) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: DGB-Chefin fordert Grundeinkommen für Asylbewerber“, 23.05.2022

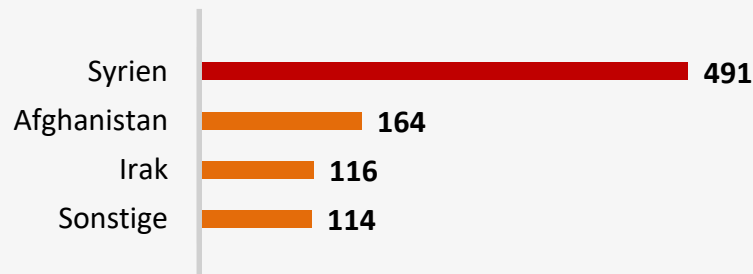
# Über 2,5 Mio. Ausländer erhalten Bürgergeld, v.a. Syrer und Ukrainer

aktualisiert

**Regelleistungsberechtigte Ausländer im Vergleich in Tausend nach Herkunft (Stand: November 2022)**



**Regelleistungsberechtigte Ausländer nach Asylherkunftsländern in Tausend nach Herkunft (Stand: November 2022)**



Quellen:

1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, Februar 2023 2) Die Welt: „40 Prozent der ausländischen Minderjährigen auf Hilfe vom Staat angewiesen“, 15.06.2023 3) René Springer (AfD-MdB): „Schockierende Zahlen – Weniger Deutsche, aber immer mehr Ausländer beziehen Bürgergeld“, 28.03.2023

1

- Von den über 2,5 Mio. Ausländern, die im November 2022 eine Grundsicherung für Arbeitssuchende bezogen, erhielten über 1,3 Mio. Nicht-EU-Europäer Hartz-IV. Während 2011 noch lediglich 19 % der Hartz-IV-Empfänger eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, sind es heute bereits heute fast 47 % Ausländer.

2

- Die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger aus den acht Hauptherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien) stieg von 2013 bis November 2022 von 163.000 auf 884.787. Das entspricht einer Zunahme von 443 %. Die Syrer stellen mit fast 20 % die größte Gruppe unter den ausländischen Hartz-IV-Empfängern.

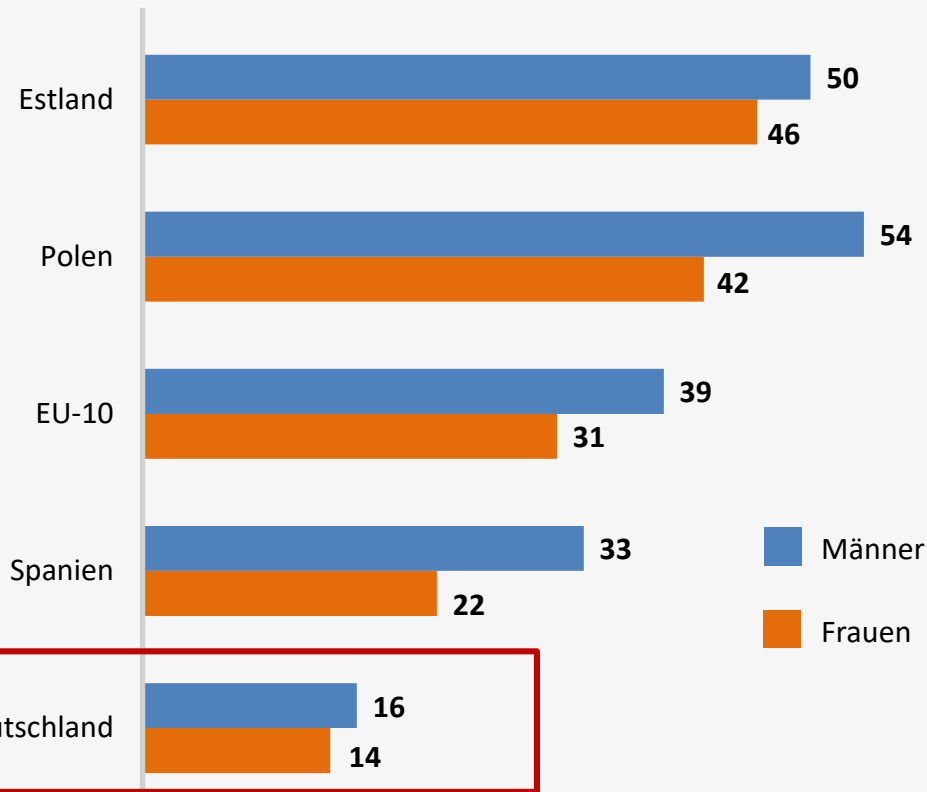
3

- Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion wurden „im Jahr 2010 rund 6,9 Mrd. Euro für ausländische Sozialleistungsbezieher aufgewendet, 2022 waren es 15,4 Mrd. Euro. Seit dem Jahr 2010 wurden insgesamt 132,8 Mrd. Euro an ausländische Hartz-IV-Empfänger ausbezahlt.“

# Ukrainer integrieren sich in Deutschland nur gering in den Arbeitsmarkt

NEU

Anteil der geflüchteten Ukrainer, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, nach Geschlecht in % im Jahr 2022



Quellen:  
 1) FAZ: „Studien in zehn Ländern. Viele Ukrainer wollen in Deutschland bleiben“, 28.02.2023 2) Statista: „Anzahl der registrierten Flüchtlinge aus der Ukraine in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, 01.03.2023 3) ZDF: „Nahles: Ukrainer sehr integrationsbereit“, 10.12.2022 4) Bundesregierung: „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Gut angekommen auf dem Arbeitsmarkt“, 24.02.2023 5) Tagesschau: „Knapp die Hälfte der Ukraine-Flüchtlinge will bleiben“, 12.07.2023

1

- Obwohl die Bundesregierung medial die angebliche Integrationsbereitschaft der Ukrainer auf dem Arbeitsmarkt überaus lobt, sieht die Realität anders aus.

2

- Denn nach einer Studie der „Agentur der Europäischen Union für Grundrechte“ gehen in Deutschland nur 16 % der Ukrainer und 14 % der Ukrainerinnen einer bezahlten Arbeit nach. Ganz anders sieht es in Estland (50 %/46 %) oder Polen (54 %/42 %) aus.

3

- Laut der Bundesagentur für Arbeit waren im November 2022 nur rund 67.000 der geflüchteten Ukrainer beschäftigt. Bis Mai 2023 sind 1,06 Mio. Ukrainer nach Deutschland gekommen.

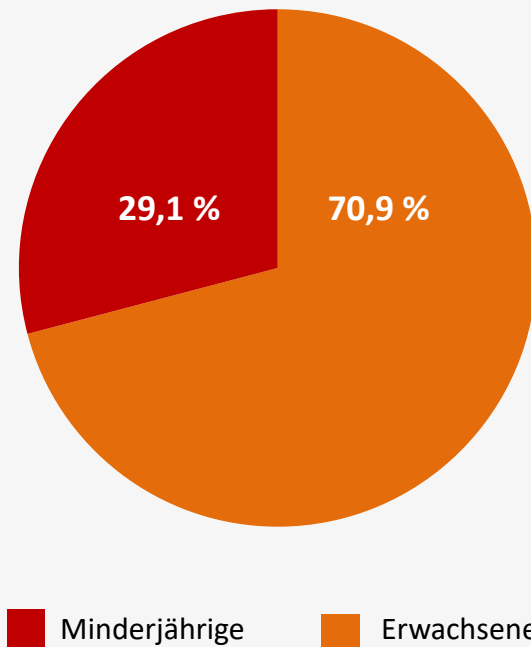
4

- Grund ist das hohe Bürgergeld, welches Geringverdienern die Lust zur Arbeit nimmt. Nicht von ungefähr will fast die Hälfte langfristig in Deutschland bleiben.

# Über 29 % aller Asylbewerber sind angeblich minderjährig

aktualisiert

Asylanträge nach Altersgruppe in % im Jahr 2023



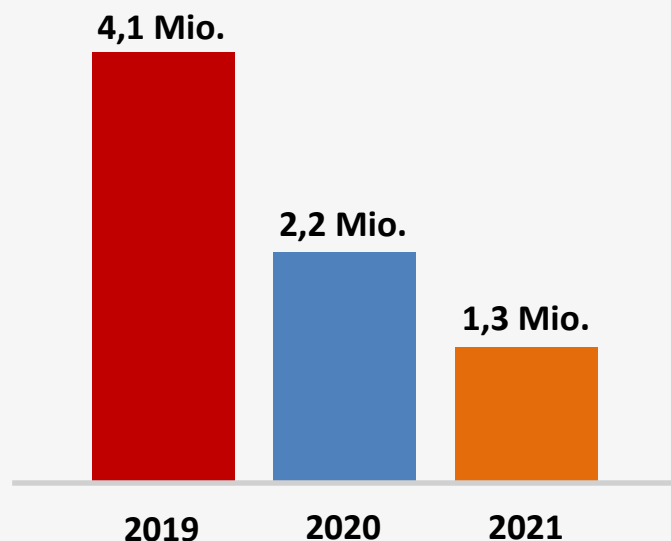
Quellen:  
 1) Statista: [Verteilung der Asylbewerber in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2023, 07.03.2023](#)  
 2) Die Linke: [Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020, Drs. 19/26738, 18.02.2021](#)  
 3) Focus: [„Zweifel an Minderjährigkeit: 40 Prozent der überprüften Flüchtlinge gaben Alter falsch an“, 17.09.2019](#)

- 1
  - In den letzten Jahren wanderten immer mehr minderjährige Migranten unter 18 Jahren nach Deutschland illegal ein bzw. wurden hier geboren. Anfang 2023 waren 29,1 % der Asylbewerber unter 18 Jahre alt. Im Jahr 2020 wurden 51,4 % aller Asylanträge von Minderjährigen unter 18 Jahren gestellt.
- 2
  - Das Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Münster stellte fest, dass fast 40 % der untersuchten minderjährigen Migranten ihr Alter falsch angaben. Die Bundesregierung behauptet jedoch, dass im Jahr 2020 nur 2,4 % (4.488) ein falsches Alter mitteilten. Röntgenuntersuchungen, die das Alter nachweisen können, werden nur selten angewendet.
- 3
  - Auch von Datenträgern (Mobilfunkgeräte) lassen sich Erkenntnisse über das Alter herauslesen. Dennoch wurden im Jahr 2020 nur 2.581 Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden 1.779 Datenträger-Auswertungen freigegeben.
- 4
  - Nach Auswertung von 1.270 Ergebnisdokumentationen bestätigten 29,5 % die Identität der Antragsteller, 1,8 % wurden widerlegt und bei 68,7 % (872) waren keine Erkenntnisse verwertbar.

# Hessen zahlte 4,1 Mio. Euro pro unbegleitetem minderjährigem Migrant

**NEU**

## Kosten pro unbegleitetem minderjährigem Flüchtling (UMA) in Hessen in Euro nach Jahren



Quellen:

1) Antwort auf Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Unterbringung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen in den Jahren 2019 – 2022, Drs. 20/9433, 09.12.2022

2) Antwort auf Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD): „Unbegleitete Minderjährige“, Drs. 19/14781, 17.02.2023

3) AfD-Fraktion Hamburg: „AfD-Anfrage zeigt: Senat verschleudert eine halbe Milliarde Euro für unbegleitete minderjährige Ausländer“, 31.01.2023

4) Kindergeld, Tabelle 2022

1 ■ Wie aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der hessischen AfD-Landtagsfraktion hervorging, gab die Landesregierung u.a. für die Unterbringung und Verpflegung für jeden einzelnen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling (UMA) in den Jahren 2019 bis 2021 zwischen 4,1 Mio. und 1,3 Mio. Euro aus.

2 ■ Im Jahr 2019 wurden in Hessen insgesamt 654 Millionen Euro für 159 UMAs (über 80 % männlich), im Jahr 2020 insgesamt 528 Millionen Euro für 239 UMAs (über 82 % männlich) und im Jahr 2021 insgesamt 508 Millionen Euro für 402 UMAs (über 89 % männlich) ausgegeben.

3 ■ Vergleicht man dies mit den Kindergeldzahlungen, so hat der hessische Staat für einen einzigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling fast das 480-fache dessen ausgegeben, was die Bundesregierung für deutsche Kinder auszugeben bereit ist. Denn eine Familie erhielt für das erste Kind im Jahr 2021 Kindergeld in Höhe von 2.628 Euro.

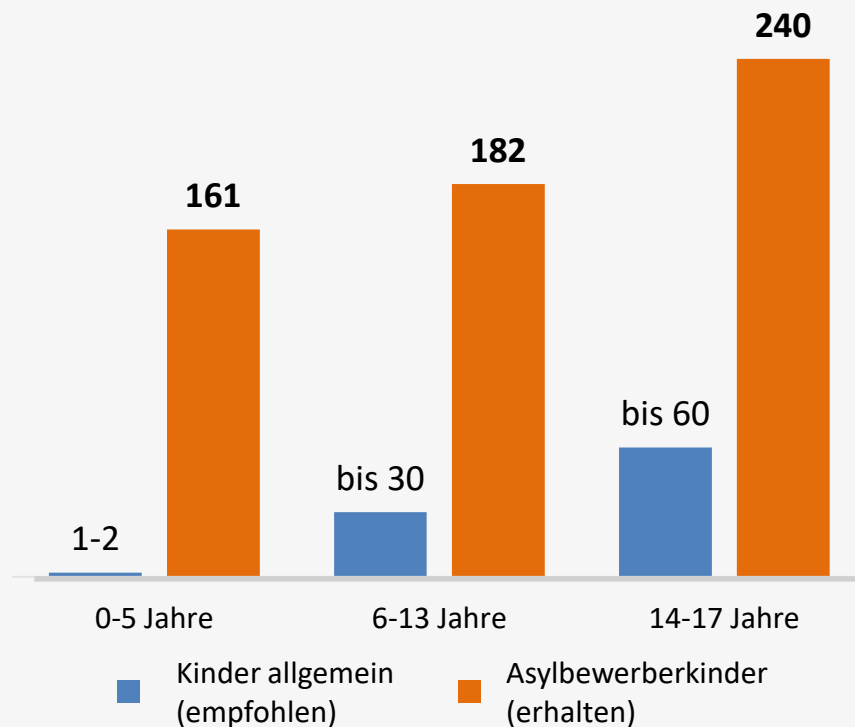
4 ■ Der Berliner Senat gab im Jahr 2021 pro unbegleiteten minderjährigen Flüchtling 87.000 Euro aus. Ähnlich der Hamburger Senat. Dieser gab von 2015 bis 2021 fast 500 Mio. Euro für die Versorgung von 6.119 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus.



# Sind dem Staat Asylbewerberkinder mehr wert als Kinder allgemein?

aktualisiert

**Taschengeldzahlungen an minderjährige Asylbewerber versus empfohlenes Taschengeld für Kinder**  
in Euro pro Monat im Jahr 2023



Quellen:  
1) Taschengeldtabelle 2023  
2) Anpassung der AsylbLG-Regelsätze zum 1. Januar 2023

1

- Das Taschengeld an minderjährige Asylbewerber wird als sogenannter notwendiger persönlicher Bedarf vom Staat bezahlt. Dagegen handelt es sich bei der Höhe des Taschengeldes für Kinder allgemein lediglich um eine Empfehlung des Jugendamtes.

2

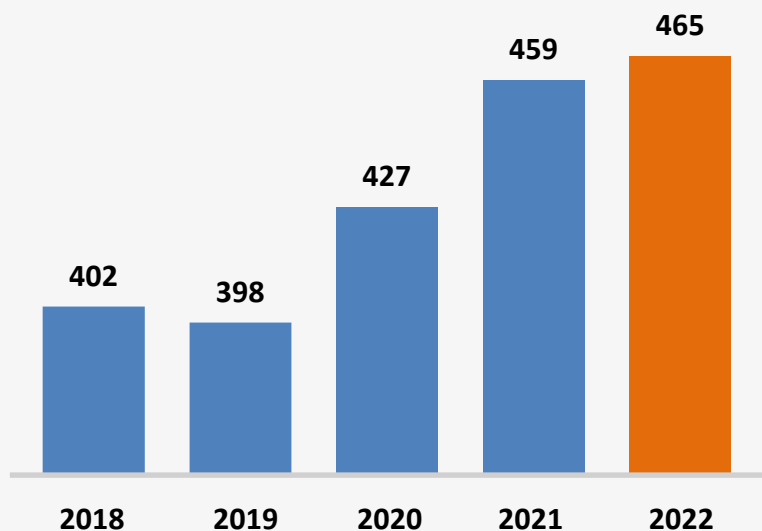
- Das Taschengeld (Leistungen für den notwendigen persönlichen Bedarf) wird in bar ausgezahlt. Minderjährige Asylbewerberkinder bis sechs Jahre erhalten 161 Euro (2022: 105 Euro), bis 13 Jahre 182 Euro (2022: 109 Euro) und bis 17 Jahre 240 Euro (2022: 111 Euro) monatlich vom Staat. Dagegen sollen Eltern ihren Kindern – aus dem eigenen Portemonnaie – deutlich weniger Taschengeld geben.

## Seit 2018 flossen 2,2 Milliarden Euro Kindergeld ins Ausland

aktualisiert

### Kindergeld an Konten im Ausland

in Mio. Euro nach Jahren



Quellen: 1) Schriftliche Fragen, René Springer (AfD-MdB), Drs. 19/25900, 12.01.2021  
 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kindergeldstatistik – Entwicklungen im Zeitverlauf, Drs. 19/11307, 02.07.2019 3) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlung von Kindergeld an ausländische Kindergeldberechtigte, Drs. 19/1275, 20.03.2018 4) Bundestag: „Bundestag lehnt Kindergeld-Anpassung für im EU-Ausland lebende Kinder ab“, 18.10.2018. 5) René Springer, MdB, 29.03.2023 6) Bundesagentur für Arbeit: Kindergeld - Deutschland und Länder (Monatszahlen der Familienkasse der BA), Jahre 2018-2022 7) Junge Freiheit: „Deutschland überweist 459 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland“, 01.05.2022

1

- Die Bundesagentur für Arbeit überwies allein in den Jahren 2018 bis 2022 fast 2,2 Milliarden Euro Kindergeld ins Ausland (nach Einkommensteuergesetz und Bundeskindergeldgesetz). Vergleicht man dies zum Jahr 2010, in dem nur 36 Mio. Euro ins Ausland überwiesen wurde, hat sich die Zahlung zum Jahr 2022 um fast 1.300 % erhöht.

2

- „Auch Leistungen wie der Kinderbonus 2020 (300 Euro pro Kind), der Kinderbonus 2021 (150 Euro pro Kind) sowie der Kinderbonus 2022 (100 Euro pro Kind) werden aufgrund der bestehenden EU-Verordnung (EG) Nr. 883/2004 an im Ausland lebende Kinder gezahlt.“

3

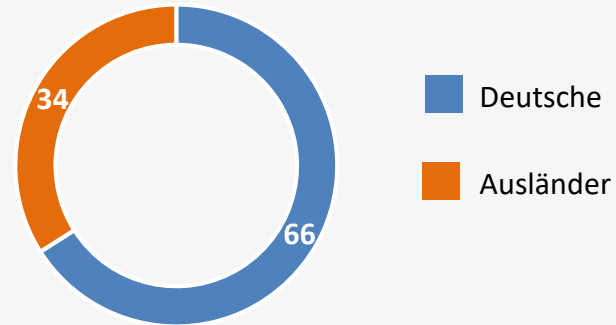
- „In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Dem deutschen Steuerzahler, der aufgrund der Inflation hier kaum noch seine Miete zahlen kann, ist das nicht mehr vermittelbar“, kritisierte der AfD-Politiker René Springer. Der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, die Kindergeldzahlungen ins Ausland zu reduzieren, wird seit Jahren nicht beraten.

# Wohnungsnot in Deutschland durch Migration so hoch wie nie

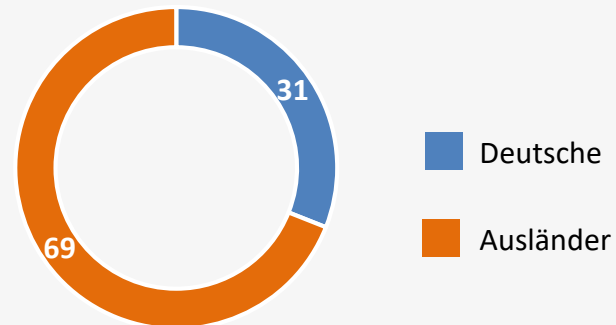
NEU

- 1 Die Zahl der Wohnungslosen hat sich vor allem durch die Migrationskrise deutlich erhöht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat erstmals einen Bericht zur Wohnungslosigkeit veröffentlicht. Danach sind 262.600 Menschen ohne Wohnung, 38.500 leben auf der Straße.
- 2 Von den wohnungslosen Personen ohne Unterkunft sind 66 % Deutsche und 34 % Nichtdeutsche (inkl. 1 % Staatenlose) betroffen. Dagegen drehen sich die Zahlen bei untergebrachten wohnungslosen Personen um.
- 3 „Von den insgesamt rund 178.100 untergebrachten wohnungslosen Menschen (Stand: Januar 2022) haben 31 % die deutsche Staatsangehörigkeit, 69 % eine ausländische (inkl. 5 % Nationalität ungeklärt bzw. staatenlose Personen).
- 4 Durch den weiteren Zuzug von Migranten wird sich die Lage noch zuspitzen. Insbesondere gibt es laut einer Studie von Empirica Regio einen Bedarf von 600.000 Wohnungen allein für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.
- 5 Die Wohnraumknappheit stellt ein Problem für sämtliche Bevölkerungsschichten dar, da knapper Wohnraum den Mietzins nach oben treibt. Insgesamt fehlen laut dem Deutschen Mieterbund bundesweit 700.000 Wohnungen.

Wohnungslose Personen ohne Unterkunft nach Nationalität in %



Untergebrachte wohnungslose Personen nach Nationalität in %



Quellen:  
 1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit. Der Wohnungslosenbericht 2022“, Dezember 2022  
 2) BAG Wohnungslosenhilfe, 21.12.2021 3) Verbändebündnis „Soziales Wohnen“: Bauen und Wohnen in der Krise, Januar 2023 4) Haufe: „Geflüchtete aus der Ukraine: 600.000 Wohnungen extra nötig“, 07.02.2023

# Unsere AfD-Forderungen zu Gesundheit, Rente und Soziales

aktualisiert

1 ■ Das deutsche Rentensystem benachteiligt die Menschen massiv, die mit ihrem Berufsleben zu unserem derzeitigen Wohlstand beigetragen haben. Rentner müssen von ihrer Rente gut leben können, ohne Pfandflaschen sammeln zu müssen.

2 ■ Die Bevölkerung darf ihre Bürgerrechte nicht durch eine panikgetriebene und hoch ideologisierte Politik, ohne notwendige Evaluierung der Maßnahmen zu Corona und anderen Krankheitsbildern verlieren.

3 ■ Nebenwirkungen und Spätfolgen durch die sogenannte Corona-Schutzimpfungen müssen enttabuisiert und von der Politik anerkannt werden. Nur dadurch können Geschädigte auch ihr Recht auf Schadenersatz erhalten. Die verantwortlichen Politiker, welche die Impfungen als nebenwirkungsfrei und bedenkenlos öffentlich darstellen, müssen dafür rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

4 ■ Um eine Senkung der Sozialleistungen zu erreichen, müssen Bezieher von Sozialleistungen die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Sozialsysteme, die dauerhaft arbeitsfähige Bürger versorgen müssen, sind mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Sozialsysteme als Pull-Faktoren für Migration führen zu einer völligen Überlastung und damit zu einer erheblichen gesamtgesellschaftlichen Belastung.

5 ■ Über 46 % der Bürgergeld-Bezieher sind Ausländer. Dies ist ein Beleg für eine gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik. Die Bundesregierung hat die Kontrolle über die Einwanderung in die Sozialsysteme und die daraus resultierenden finanziellen Lasten verloren. Diese Einwanderung muss gestoppt werden.

6 ■ Eine Altersfeststellung minderjähriger Asylbewerber muss ebenso stattfinden, wie eine erhebliche Absenkung der Betreuungskosten. Zugleich müssen Fluchtursachen beseitigt werden, damit Menschen gar nicht erst in Not kommen.

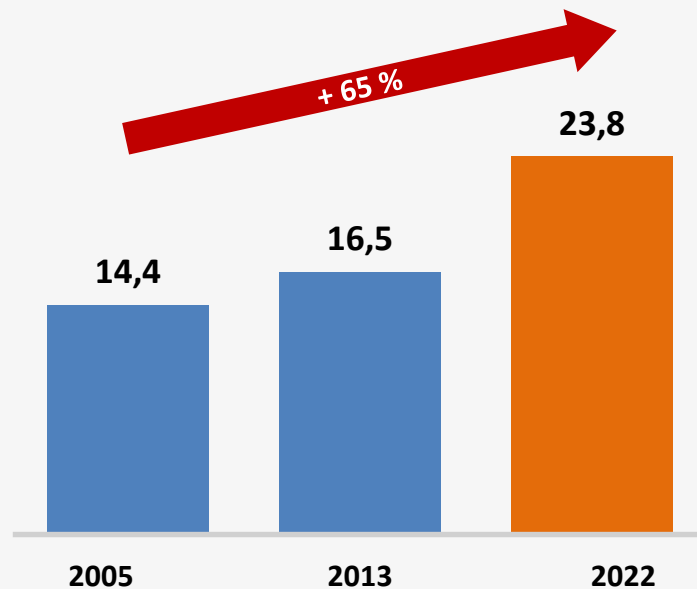
7 ■ Kindergeld darf nur für Kinder gezahlt werden, wenn diese einen Wohnsitz in Deutschland haben. Sollte dies nicht der Fall sein, muss das Kindergeld nach dem Vorbild Österreichs an das Kindergeld des jeweiligen Landes angepasst werden.

8 ■ Die Inflation verschärft ebenso wie die starke Migration seit 2015 die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Der Staat darf für die Unterbringen von Asylanten keine höheren Mieten als die marktüblichen zahlen.

## 23,8 Mio. Menschen haben in Deutschland einen Migrationshintergrund

NEU

**Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn in Mio. nach Jahren**



Quellen:

1) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023 2) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023 3) Deutsche Welle: „Doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland“, 07.12.2022 4) Destatis: „Bevölkerung im Jahr 2022 auf 84,3 Millionen gewachsen“, 19.01.2023

1

- Ende Dezember 2022 hatten 23,8 Mio. (2005: 14,4 Mio.) von insgesamt 84,3 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Innerhalb von 17 Jahren hat sich die Zahl um 65 % erhöht.

2

- Insgesamt leben 13,4 Mio. Ausländer in Deutschland. Seit der von der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel verfügten Grenzöffnung 2015 stieg die Ausländerzahl um über 63 % (2014: 8,2 Mio.) und seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 2006 um über 97 %.

3

- Damit leben in Deutschland so viele Personen mit einem Migrationshintergrund wie noch nie zuvor. Insgesamt weisen 28,2 % aller Personen in Deutschland einen Migrationshintergrund auf.

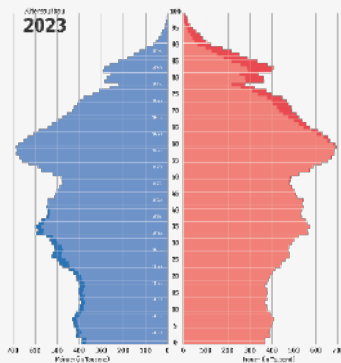
4

- Im Jahre 2021 lebten in Deutschland 2,9 Mio. Deutsche mit einer zweiten Staatsangehörigkeit. Diese werden nicht zur ausländischen Bevölkerung gerechnet.

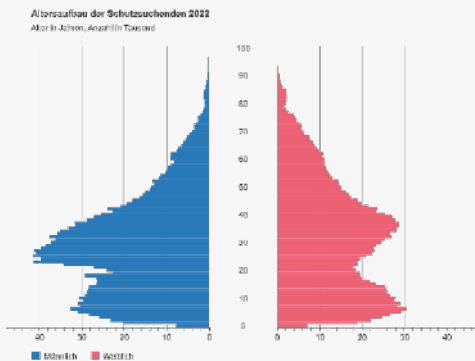
# Deutsche ohne Migrationshintergrund werden zur Minderheit

aktualisiert

**Bevölkerung in Deutschland nach Geschlecht, Alter in Jahren, Anzahl in Tausend im Jahr 2023**



**Altersaufbau der Schutzsuchenden, Alter in Jahren, Anzahl in Tausend im Jahr 2022**



Quellen:  
 1) Destatis: [14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023](#) 2) Destatis: [Altersaufbau der Schutzsuchenden 2022](#) 3) Die Welt: „Höchstes Geburtendefizit in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges“, 11.05.2022

1 ■ Bei den 45- bis 60-Jährigen ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung heute noch vergleichsweise gering. Im Jahr 2060 wird es aber eine deutliche Veränderung geben. Dann werden voraussichtlich überwiegend Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben.

2 ■ Der überwältigende Anteil der Steuerzahler im Jahr 2022 besteht aus Personen ohne Migrationshintergrund, die für die Transferleistungen, Infrastruktur, soziale Dienste usw. des Staates aufkommen.

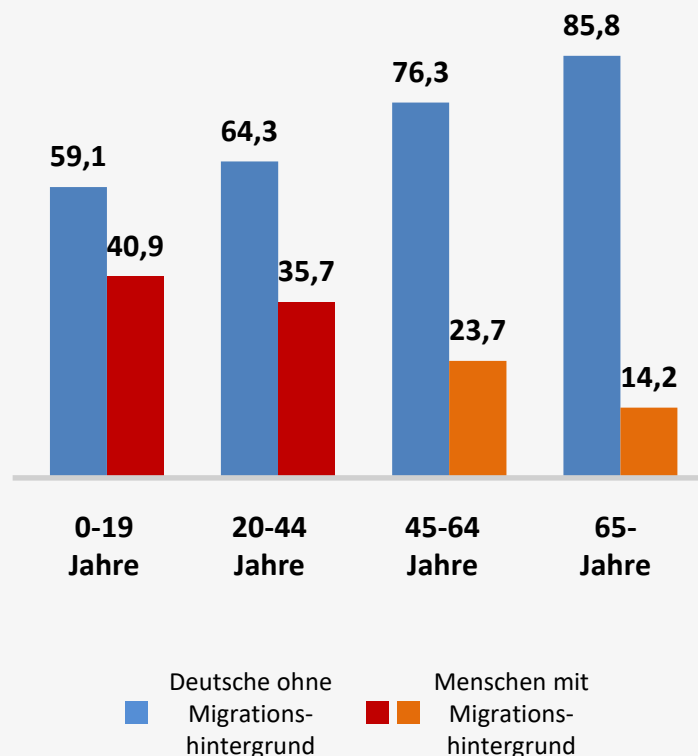
3 ■ Problematisch ist die Altersgruppe von 0 bis 44 Jahren. Dort stellen die Personen mit Migrationshintergrund bereits heute etwa 30 % der Bevölkerung. Im 51. Jahr in Folge verzeichnet Deutschland ein Geburtendefizit. „Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021 sank die Geborenenzahl insgesamt um 5,5 % (gegenüber dem geburtenreichen Jahr 2021 sank sie um 7,1 %).“

4 ■ Durch die fortschreitende Migration und die hohe Geburtenrate v. a. muslimischer Frauen werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund in wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land.

# Die Bevölkerungszusammensetzung wird sich künftig stark verändern

aktualisiert

**Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Alter in % im Jahr 2022**



Quelle:  
1) Destatis: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 2022

1

- Während Personen mit Migrationshintergrund bereits 40,9 % der Altersgruppe der bis zu 19-Jährigen in Deutschland ausmachen (6,5 Mio.), ist der Anteil dieser Gruppe unter den über 65-Jährigen verhältnismäßig gering (2,5 Mio.). Deutsche ohne Migrationshintergrund machen in diesen Alterskohorten derzeit 9,34 Mio. (0-19 Jahre) bzw. 15,3 Mio. (über 65 Jahre) aus.

2

- Bei Fortschreiten dieser Tendenz ist davon auszugehen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nach Ablauf der kommenden 20 bis 30 Jahre die Bevölkerungsmehrheit bei den bis zu 40-Jährigen Personen in Deutschland stellen werden.

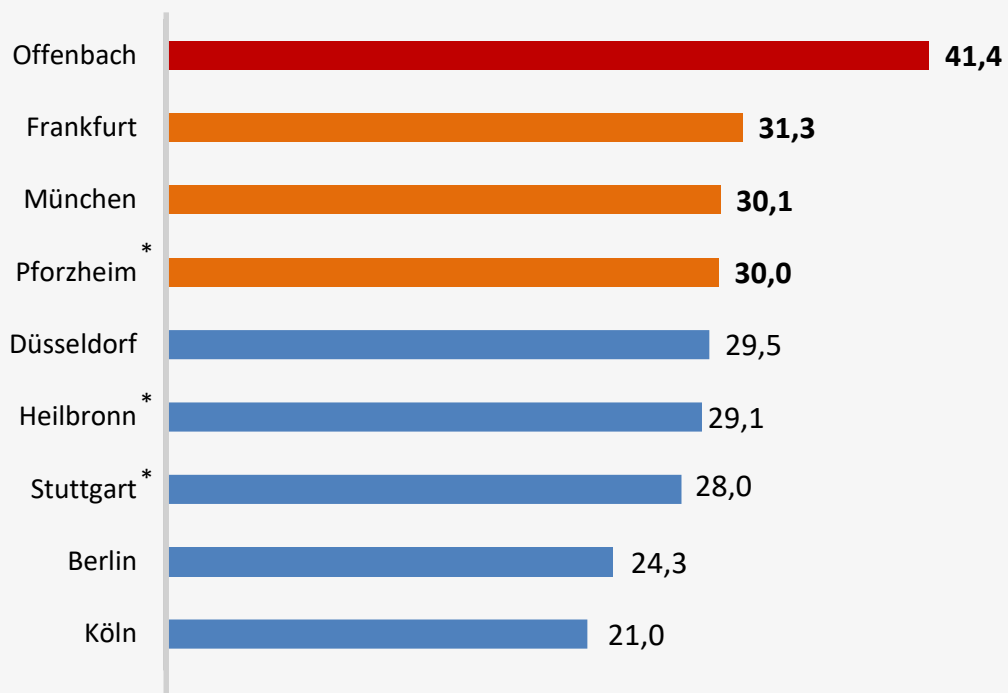
3

- Einer zunehmend vergreisenden einheimischen Bevölkerung steht dann eine junge Generation mit Migrationshintergrund gegenüber.

# Menschen ohne Migrationshintergrund in Städten bald in der Minderheit

aktualisiert

**Ausländische Bevölkerung in ausgewählten Städten**  
in % im Jahr 2022



\* Stand: 31.10.2022

Quellen:

- 1) Information und Technik NRW: „Ausländische Bevölkerung 2021 und 2022 in NRW“, 27.04.2023
- 2) Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: „Zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Baden-Württemberg“, 19.05.2023
- 3) Stadt Offenbach am Main: Migrationshintergrund aktuell, 25.06.2023
- 4) Stadt Frankfurt am Main: Statistik aktuell, 04/2023
- 5) Statistisches Amt München: Statistik Bevölkerung, 25.06.2023
- 6) Statistik Berlin Brandenburg: Einwohnerregisterstatistik 31.12.2022 Berlin, 14.02.2023
- 7) Bremen: Bevölkerung und Migranten, 25.06.2023

1

- Spätestens seit 2016 gibt es in Offenbach am Main und in Frankfurt am Main mehr Menschen mit Migrationshintergrund als ohne. Allein die Zahlen nur der ausländischen Bevölkerung (siehe links) verdeutlichen dies. In Offenbach hatten Ende 2022 fast 66 % der Einwohner einen Migrationshintergrund. Tendenz – wie in allen deutschen Städten – steigend.

2

- In wenigen Jahren werden sich weitere Großstädte radikal verändern. Menschen ohne Migrationshintergrund werden überwiegend noch in ostdeutschen Städten und im Umland von Städten leben.

3

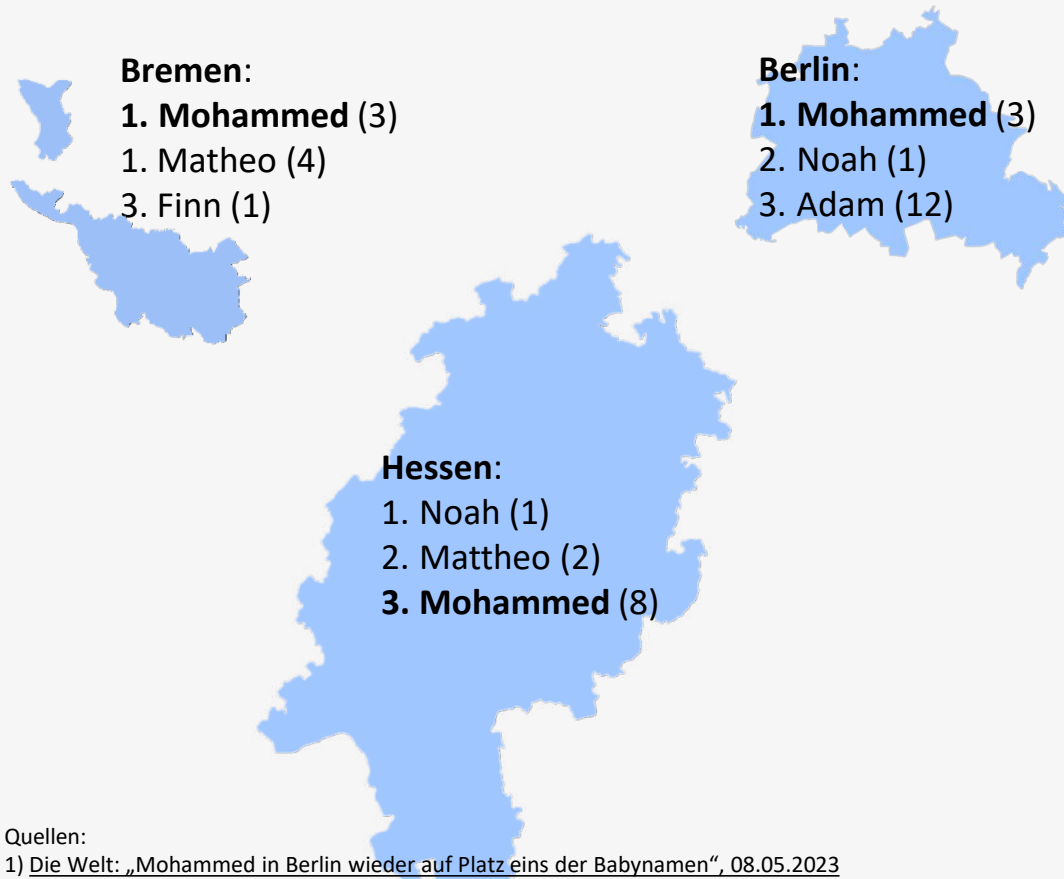
- Vor allem der Islam wird sich durch die hohe Anzahl unter den Einwohnern mit Migrationshintergrund weiter in den deutschen Großstädten ausbreiten. Durch die hohe Geburtenrate muslimischer Frauen wird sich die Zahl der Muslime in Deutschland deutlich erhöhen.



# Der beliebteste Vorname in Berlin und Bremen ist Mohammed

NEU

**Die beliebtesten Vornamen bei Jungen**  
im Jahr 2022 (in Klammer: Vorjahr)



Quellen:

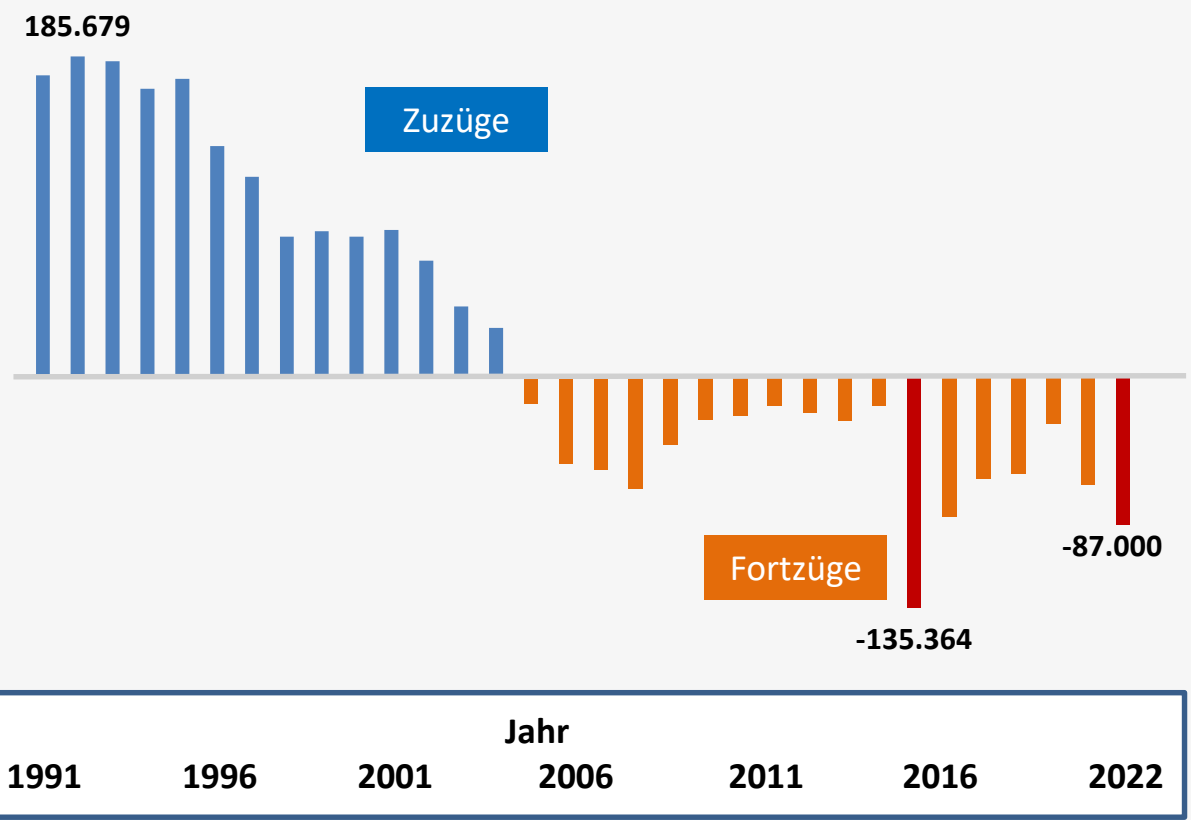
- 1) Die Welt: „Mohammed in Berlin wieder auf Platz eins der Babynamen“, 08.05.2023
- 2) Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.: „Ausführliche Auswertung: Vornamen 2022“, 08.05.2023
- 3) Zukunft CH: „Niederlande: Mohammed zweithäufigster Vorname“, 18.01.2023

- |   |  |
|---|--|
| 1 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Mohammed ist in Berlin wieder der beliebteste Vorname für neugeborene Jungs - so wie in vier der fünf vergangenen Jahre.“ Auch in Bremen wurde der Jungennamen Mohammed – zusammen mit Matheo – als beliebtester Vorname im Jahr 2022 gewählt. In Hessen belegt er Rang drei.</li> </ul>   |
| 2 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „So lag der Name Mohammed bundesweit auf Platz 20, wie GfDS-Geschäftsführerin Andrea-Eva Ewels erläuterte. Dass bedeute, dass von den rund eine Million übermittelten Namen 2.758 Mal Mohammed vergeben wurde. Von den Neugeborenen 2022 trugen bundesweit 0,78 % diesen Namen.“</li> </ul>   |
| 3 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Auch in vielen anderen europäischen Ländern oder Regionen gehört Mohammed zu den häufigsten Babyvornamen. So hält er bspw. seit vielen Jahren mit den unterschiedlichen Schreibweisen die Spitzenposition in Brüssel und Großbritannien. In Wien landet er letztes Jahr auf Platz sechs.“ In den Niederlanden belegte er den zweiten Platz.</li> </ul> |

# Seit 2006 sind fast 900.000 deutsche Fachkräfte netto ausgewandert

aktualisiert

**Fort- und Zuzüge Deutscher aus Deutschland nach Jahren und Anzahl insgesamt**



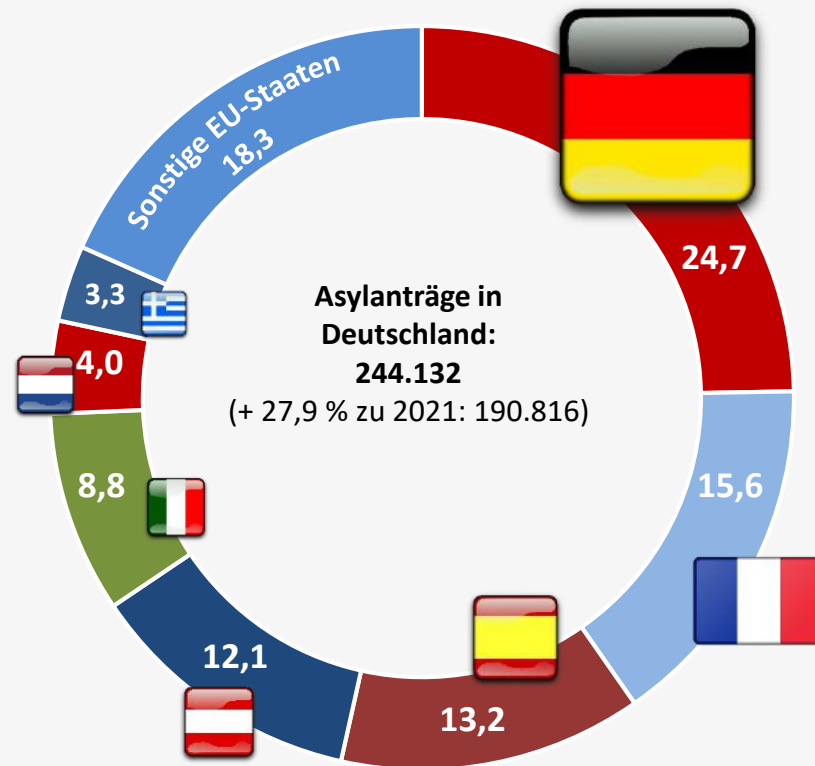
- 1 Von 2005 bis 2022 wanderten über 879.000 Deutsche für immer aus (Fortzug abzüglich Zuzug). Der sich anbahnende Niedergang der Wirtschaft führt weiter zu einer größeren Nettoabwanderung.
- 2 „Die deutschen Auswanderer waren mehrheitlich männlich (60 %) und vergleichsweise jung mit durchschnittlich 35 Jahren.“ Vor 2005 gab es noch eine Nettozuwanderung von Deutschen, v. a. Spätaussiedler (1,6 Millionen).
- 3 Es sind v. a. Fachkräfte, die aus Deutschland auswandern. Dies ist u. a. den im internationalen Vergleich ungünstigen Arbeitsbedingungen (geringe Löhne bei relativ hohen Abgaben) geschuldet.
- 4 Am liebsten ziehen Deutsche in die Schweiz, nach Österreich und in die USA.

Quellen:  
 1) Destatis: „Nettozuwanderung von knapp 1,5 Millionen Personen im Jahr 2022“, 27.06.2023  
 2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Spätaussiedler in Hessen – Teil I, Drs. 20/5566, 10.08.2021

# Deutschland trägt seit Jahrzehnten die Hauptlast der Migration

aktualisiert

**Anzahl der Asylbewerber in der EU  
in % im Jahr 2022**



Quellen:  
 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023  
 2) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2023, 04.04.2023  
 3) Die Welt: „Deutschland hat die meisten Asylbewerber in der EU“, 23.01.2023  
 4) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 23.03.2023

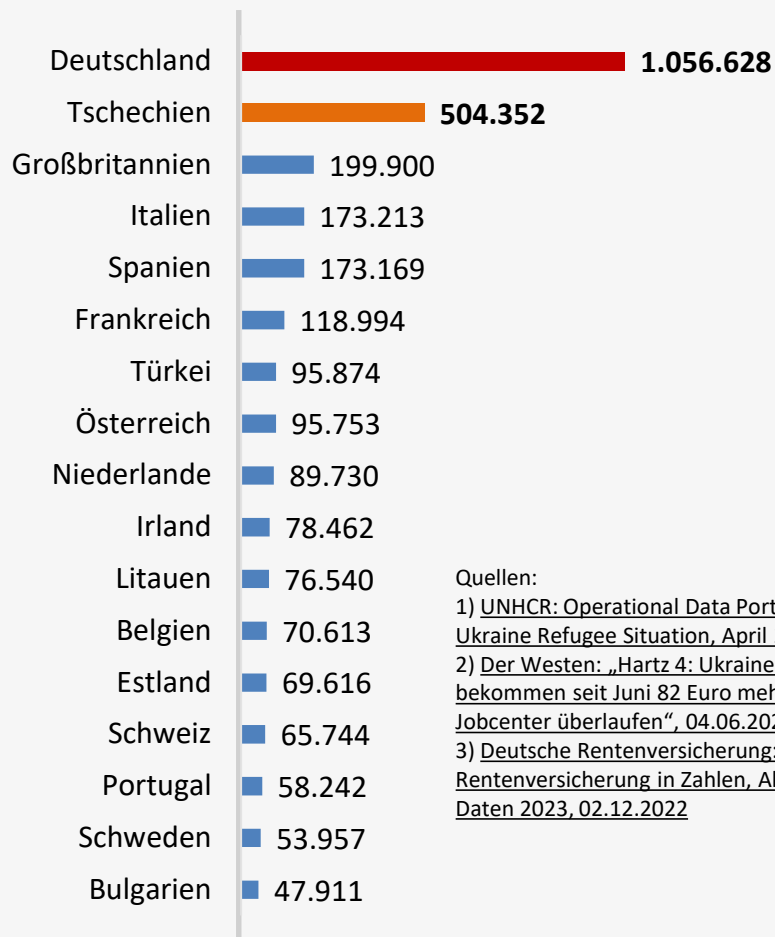
- 1
  - Deutschland trug mit 217.735 erstmaligen Asylanträgen im Jahr 2022 erneut den Großteil der Migration in Europa. Das waren fast 25 % aller in diesem Zeitraum in die Europäische Union gekommenen Migranten (881.220).
- 2
  - Insgesamt wurden im Jahr 2022 in Deutschland 244.132 Asylanträge gestellt. Darin enthalten sind 26.397 Folgeanträge.
- 3
  - Vergleicht man die Asylbewerberzahlen von Deutschland mit anderen Staaten, zeigt sich, dass das flächenmäßig etwa gleich große Italien nur 77.200 und das deutlich größere Frankreich nur 137.510 Migranten aufgenommen hatten.
- 4
  - Deutschland hat im Jahr 2022 mehr Migranten aufgenommen als Italien, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden, Irland und Polen zusammen.
- 5
  - Die Niederlande (35.495), Belgien (32.100), Griechenland (29.125), Schweden (14.045), Irland (13.645), Polen (7.780), Dänemark (4.475), Norwegen (4.650), Finnland (4.815) oder Portugal (1.975) nahmen im Jahr 2022 vergleichsweise wenige Migranten auf.

# Auch bei den ukrainischen Kriegsflüchtlingen ist Deutschland vorne

aktualisiert

## Erfasste Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

(ohne Anrainerstaaten) am 16. April 2023



Quellen:  
 1) [UNHCR: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation, April 2023](#)  
 2) [Der Westen: „Hartz 4: Ukrainer bekommen seit Juni 82 Euro mehr – Jobcenter überlaufen“, 04.06.2022](#)  
 3) [Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen, Aktuelle Daten 2023, 02.12.2022](#)

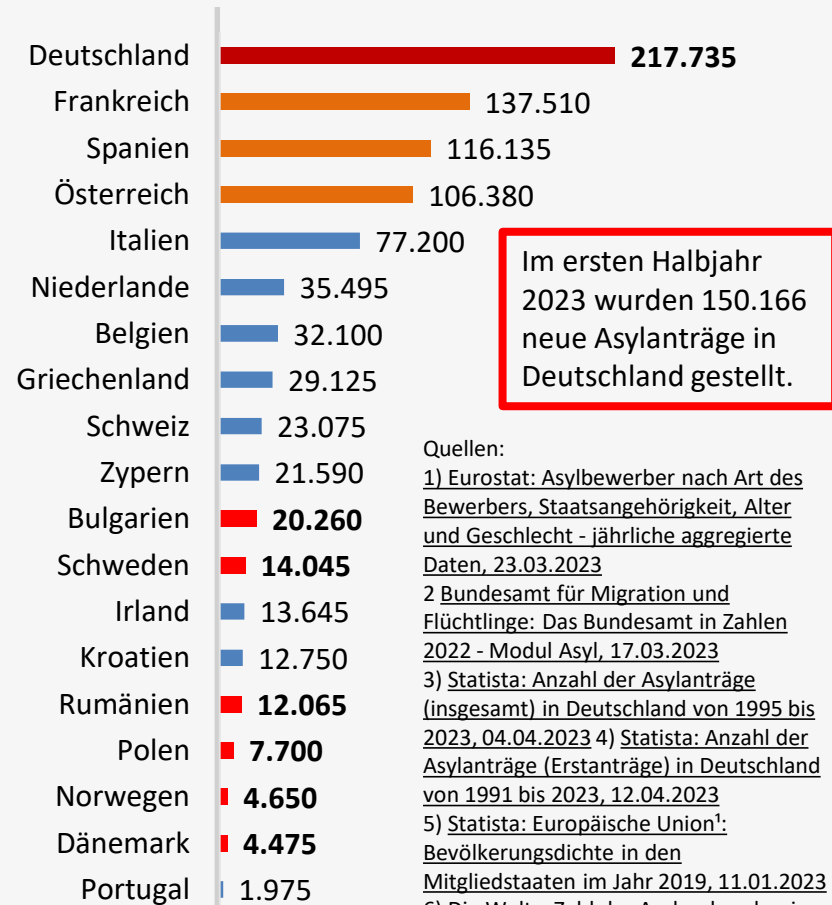
1. Neben den im 2022 illegal nach Deutschland eingereisten 217.735 Migranten nahm Deutschland vom 24.02.2022 bis 16.04.2023 zusätzlich noch 1,06 Mio. ukrainische Kriegsflüchtlinge auf.
2. Dagegen haben Italien, Spanien, Großbritannien und Frankreich nur zwischen 16 bis 19 % des deutschen Anteils an Ukrainern aufgenommen. Ein Grund, warum Ukrainer besonders gerne nach Deutschland fliehen, sind die höheren Sozialleistungen.
3. Denn seit dem 1. Juni 2022 können ukrainische Kriegsflüchtlinge 2022 Bürgergeld (Hartz-IV) beantragen. Ein Ukrainer hat damit Anspruch auf 502 Euro Regelsatz, plus Kosten der Unterkunft, plus Mehrbedarfe. Ein Ukrainer kostet daher pro Monat mehr als 1.000 Euro. Demgegenüber erhalten Rentner, die 45 Jahre in das Sozialsystem eingezahlt haben, im Durchschnitt 1.244 Euro im Monat (Männer, Frauen = 853).
4. Für die betroffenen Ukrainer bedeutet die neue Regelung, dass sie deutlich mehr Geld erhalten als der Regelsatz aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.
5. Viele Ukrainer sind zudem in die Anrainerstaaten geflohen. u. a. nach Russland (2,85 Mio.), Polen (1,6 Mio.), Moldawien (106.485), Slowakei (113.024), Rumänien (104.823) und Ungarn (34.248).

# Nordische und osteuropäische Länder nehmen kaum Migranten auf

aktualisiert

## Hauptziel der Asylanten

nach ausgewählten Staaten im Jahr 2022



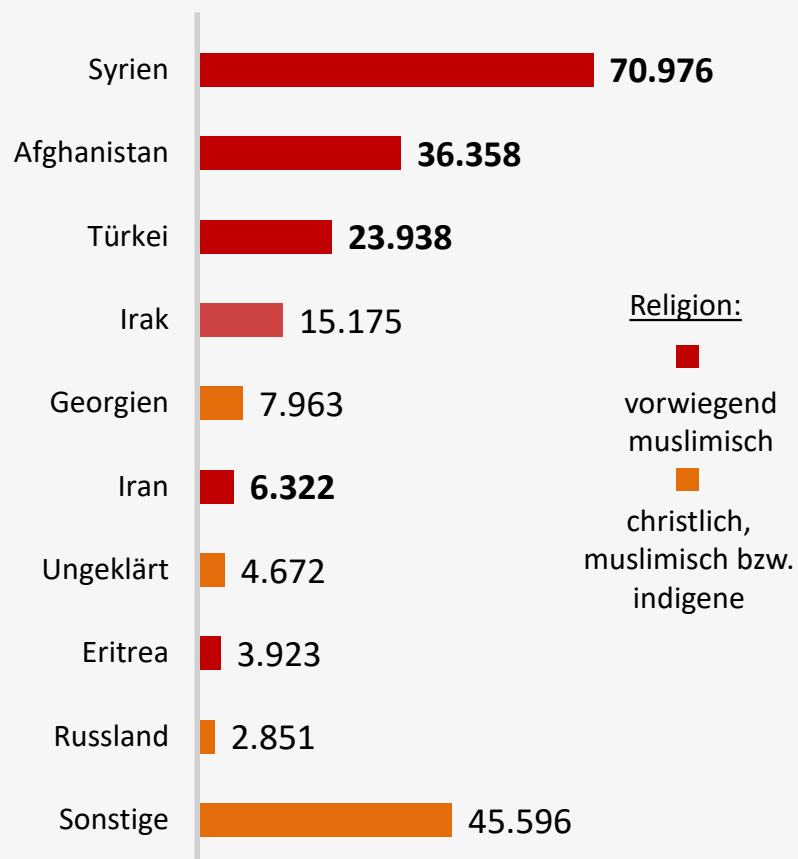
Quellen:  
 1) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 23.03.2023  
 2) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023  
 3) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2023, 04.04.2023  
 4) Statista: Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von 1991 bis 2023, 12.04.2023  
 5) Statista: Europäische Union: Bevölkerungsdichte in den Mitgliedstaaten im Jahr 2019, 11.01.2023  
 6) Die Welt: „Zahl der Asylsuchenden im ersten Halbjahr deutlich gestiegen“, 11.07.2023

- 1
  - Die Asylbewerberzahlen schnellten im Jahr 2022 deutlich nach oben. So beantragten fast 218.000 Migranten erstmalig in Deutschland Asyl (2021: 148.000). Allein von Januar bis Juni 2023 wurden weitere 150.166 Asylanträge in Deutschland gestellt.
- 2
  - Nicht nur die osteuropäischen EU-Staaten verhalten sich restriktiv gegenüber Asylanten, sondern auch die Niederlande, Portugal und Irland. Die sozialdemokratische Regierung Dänemarks setzt auf eine Null-Asylbewerber-Politik. Schweden, Norwegen und Finnland ziehen nach.
- 3
  - In Österreich gingen von Ende 2016 bis Ende 2019 die Asylbewerberzahlen um 40 % zurück. Dies war eine Folge der Politik der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ. Seitdem die ÖVP mit den Grünen koalitiert, stiegen die Zahlen deutlich an. Im Jahr 2022 lagen diese bereits bei über 106.000.
- 4
  - Erhalten jedes Jahr in Deutschland so viele Asylanten eine positive Entscheidung wie im Jahr 2022, müsste jeweils eine neue Stadt in der Größe von Mainz oder Lübeck in Deutschland errichtet werden.
- 5
  - Gemessen an ihrer Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km<sup>2</sup>) könnten Frankreich (106), Irland (72), oder Spanien (94) im Vergleich zu Deutschland (235) deutlich mehr Migranten aufnehmen.

# 76 % der nach Deutschland einwandernden Asylanten sind Muslime

aktualisiert

**Gesamtzahl der Erstanträge auf Asyl (Top 10) nach Hauptstaatsangehörigkeiten im Jahr 2022 (217.774)**



Quelle:  
1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023

1

- Nach Syrern und Afghanen stellten im Jahr 2022 die Türken und Iraker als größte Migrantengruppen in Deutschland Erstanträge auf Asyl.

2

- Betrachtet man die Asylerstanträge im Jahr 2022 unter dem Aspekt der Religionszugehörigkeit, zeigt sich, dass fast 76 % Angehörige des Islam sind und nur 12,8 % dem christlichen Glauben angehören.

3

- Von den Asylanten waren im Jahr 2022 über 37 % (81.232) jünger als 18 Jahre. „Fast drei Viertel (159.147 Personen) waren jünger als 30 Jahre.“ Zudem waren 67,8% aller Asylbewerber männlich, 32,2 % weiblich

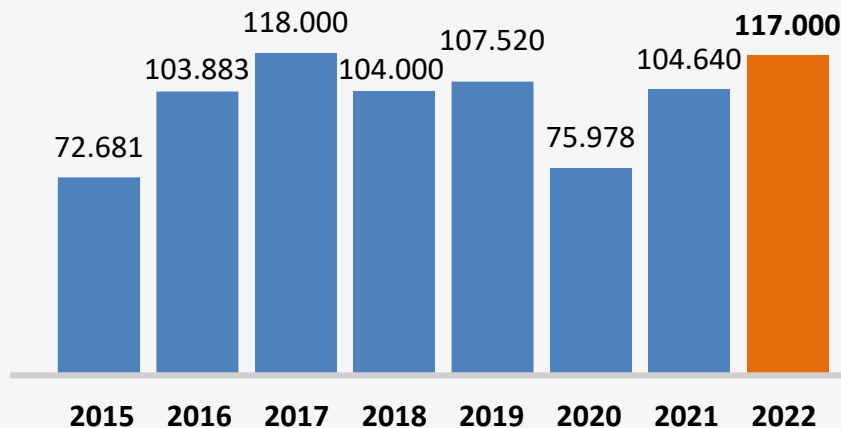
4

- Aufgrund des Königsteiner Schlüssels (Quote) muss Nordrhein-Westfalen 21,1 % (42.859 Asylbewerber), Bayern 15,6 % (28.944), Baden-Württemberg 13,0 % (25.348), Niedersachsen 9,4 % (21.281), Hessen 7,44 % (20.732) aller Asylanten aufnehmen.

# 807.702 Visa für Familiennachzug – Ministerium akzeptiert Passbetrug

aktualisiert

**Visaerteilung für Familiennachzug  
nach Anzahl und Jahren**



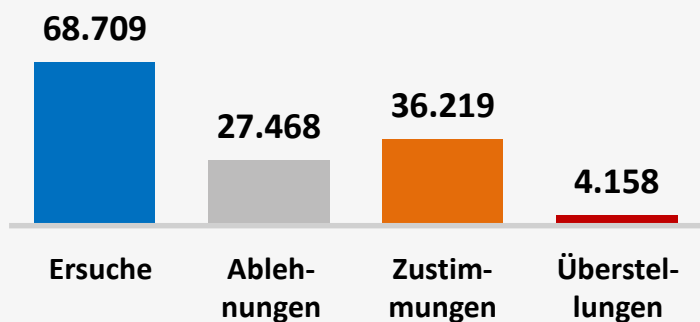
Quellen:  
 1) Bundestag, Mündliche Frage 37, Clara Bünger (Die Linke): Anzahl der im Jahr 2022 erteilten Visa zum Familiennachzug, 08.02.2023 2) Die Welt: „322.000 Visa für Familiennachzug seit 2015 erteilt“, 09.07.2018 3) Bild: „55.000 Visa für Familiennachzug“, 01.08.2018 4) AfD Kompakt: „Durch Familiennachzug steigt die Zahl von Migranten ohne Bleiberecht jeden Tag“, 20.08.2019 5) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2019 6) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2020 7) Destatis: Einwohnerzahl der größten Städte in Deutschland, 2019 8) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Familienasyl und Familiennachzug, 14.11.2019 9) Bundesministerium des Innern: „Bundesregierung beschließt erstes Migrationspaket“, 06.07.2022 10) Neue Osnabrücker Zeitung: „Familiennachzug hat 2021 zugenommen - wieder mehr Visa“, 10.03.2022 11) Die Welt: „Warum Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen muss“, 01.08.2022 12) Bild: „Visa-Skandal im Auswärtigen Amt. Ministerium akzeptiert gefälschtes Papier“, 25.04.2023 13) Petr Bystron/Stefan Keuter: „AfD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes“, 08.05.2023

- 1
  - Der Familiennachzug hat im Jahr 2022 weiter Fahrt aufgenommen und sich dem Höchststand aus dem Jahr 2017 angenähert. Durch den Familiennachzug steigt jeden Tag die Zahl von Migranten, obwohl viele kein dauerhaftes Bleiberecht haben.
- 2
  - Allein von 2015 bis 2022 wurden 807.702 Visa zur Familienzusammenführung erteilt. Damit sind weit mehr Personen eingewandert, als Frankfurt/Main Einwohner hat. Die größte Gruppe bilden syrische, afghanische und irakische Staatsangehörige. Das heißt, es wandern immer mehr Muslime nach Deutschland ein.
- 3
  - Die Ampelregierung hat den „Familiennachzug zu drittstaatsangehörigen Fachkräften erleichtert, indem für nachziehende Angehörige das Erfordernis eines Sprachnachweises entfällt.“ Laut einem Urteil des EUGH muss Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen. Damit wird es Eltern von minderjährigen Migranten erleichtert, ein Einreisevisum zu erhalten und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.
- 4
  - Obwohl die deutsche Botschaft in Pakistan festgestellt hatte, dass ein angeblicher Afghane einen falschen Pass vorlegte und die Visa-Gebühren mit Falschgeld bezahlte, forderte das Auswärtige Amt die Visa-Stelle auf, das gefälschte Papier zu akzeptieren und ihm ein Visum auszustellen. Die AfD-Bundestagsfraktion hat Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes gestellt.

# Fast keine Abschiebungen von illegalen Migranten an EU-Mitglieder

aktualisiert

## Übernahme-Ersuche und Überstellungen von Migranten an die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2022



Quelle:  
1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023

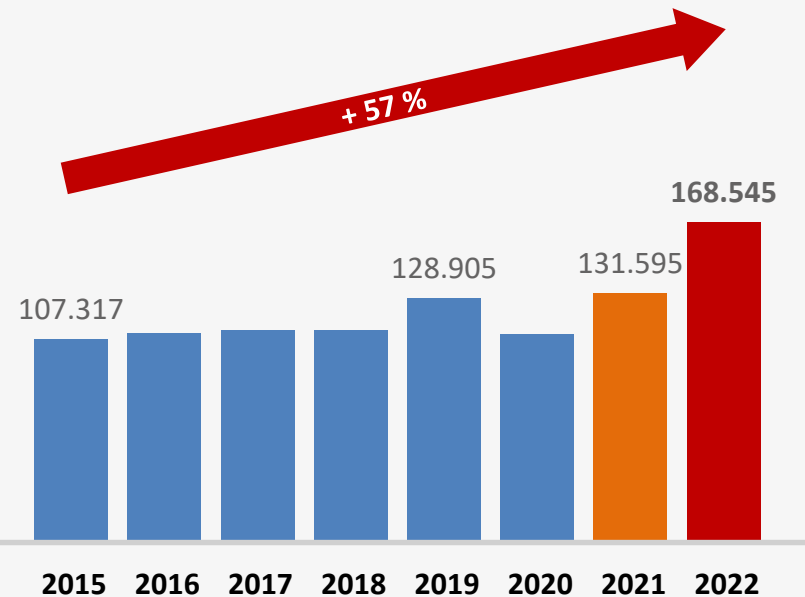
- 1
  - Über 99 % aller Migranten reisen über einen Drittstaat illegal nach Deutschland ein. Diese müssten aufgrund der Dublin-III-Verordnung wieder in den EU-Staat abgeschoben werden, über den sie nach Deutschland eingereist sind.
- 2
  - Für das Jahr 2022 wären das fast 242.000 Menschen gewesen. Doch die Bundesregierung stellte nur 68.709 Übernahme-Ersuche an die EU-Staaten. Von diesen Übernahme-Ersuchen wurden nur 36.219 akzeptiert. Überstellt wurden letztlich aber nur 4.185 (11,5 %).
- 3
  - Die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten brechen permanent das EU-Recht, indem sie die Rücknahme der aufzunehmenden Migranten ihrerseits regelmäßig verweigern. Deutschland hält sich überwiegend daran. So nahm Deutschland sogar von den anderen EU-Staaten 3.700 Migranten zurück Dies entspricht 43 % der Gesuche.
- 4
  - Einige EU-Staaten weigern sich, Dublin-III anzuerkennen. Beispielsweise hat Griechenland keinen einzigen Migranten im Jahr 2022 aus Deutschland zurückgenommen. Gleichzeitig überstellte Griechenland an Deutschland aber 212 Migranten. Frankreich überstellte 1.378 Migranten an Deutschland, nahm aber nur 598 zurück.



# Seit 2002 wurden noch nie so viele Ausländer eingebürgert wie 2022

NEU

## Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quelle:  
 1) [Destatis: „28 % mehr Einbürgerungen im Jahr 2022“, 30.05.2023](#)  
 2) [Statista: Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland von 1981 bis 2021, 05.05.2023](#)

1

- „Im Jahr 2022 wurden rund 168.500 Menschen in Deutschland eingebürgert. Seit 2002 wurden innerhalb eines Jahres nicht mehr so viele Einbürgerungen registriert.“ Insgesamt erhielten seit 2015 fast eine Million Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft.

2

- „Den mit Abstand deutlichsten Anstieg gab es bei Einbürgerungen von Syrerinnen und Syrern (+ 29.200), gefolgt von ukrainischen (+ 3.700), irakischen (+ 2.400) und türkischen (+ 2.000) Staatsangehörigen. Im Jahr 2022 wurden insgesamt Menschen mit 171 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten in Deutschland eingebürgert.“

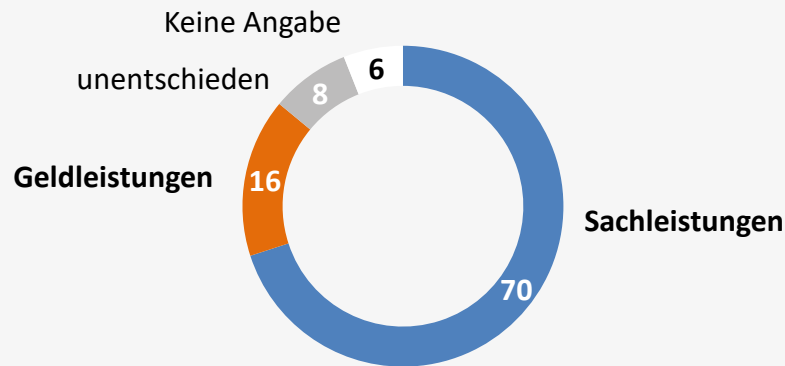
3

- „Die hohe Zahl der Einbürgerungen von Syrerinnen und Syrern steht im Zusammenhang mit der Zuwanderung von syrischen Schutzsuchenden in den Jahren 2014 bis 2016, die mittlerweile immer häufiger die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.“

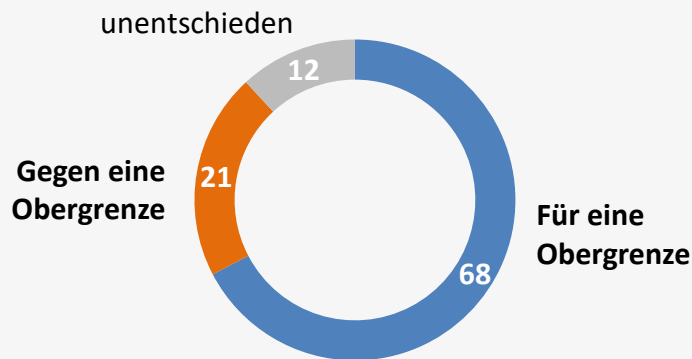
# Bürger fordern Sachleistungen und Obergrenzen für Migranten

**NEU**

„Sollen Migranten (eher) Sach- statt Geldleistungen erhalten?“ in %



„Sind Sie (eher) für oder gegen die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland?“ in %



1

- „Eine absolute Mehrheit von 70 % ist (eher) dafür, dass Flüchtlinge zukünftig statt Geld Sachleistungen erhalten. Nur 16 % sind (eher) gegenteiliger Ansicht, acht % ist es egal.“

2

- 68 % der befragten Bürger fordern eine Obergrenze für Migranten pro Jahr. Dabei gaben 55 % an, dass diese bei 100.000 oder weniger liegen soll.

3

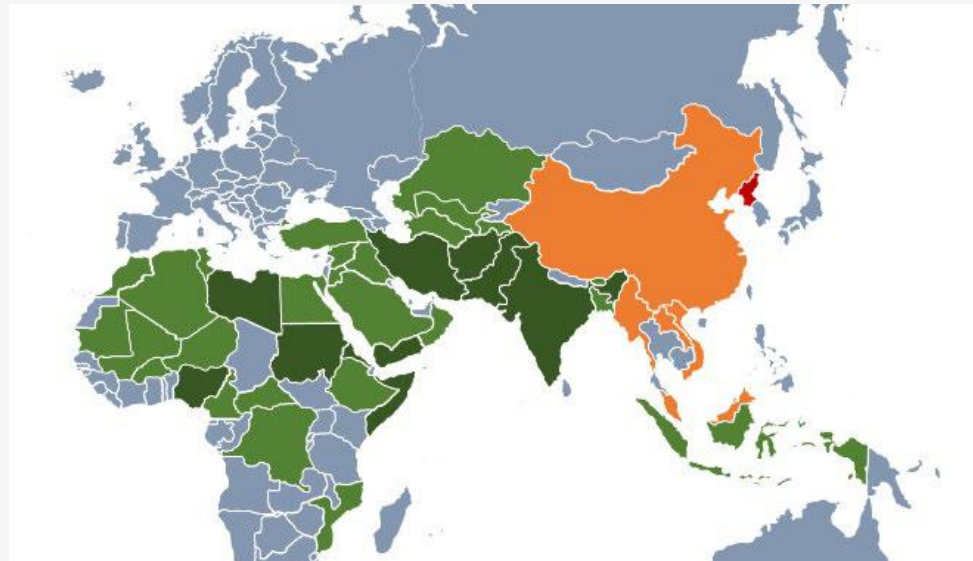
- Über 83 % der AfD-Wähler fordern eine Obergrenze; CDU/CSU-Wähler zu 73 %, FDP-, SPD- und Linken Wähler zu 68 %. „Einzig Wähler der Grünen sind knapp relativ-mehrheitlich gegen eine solche Obergrenze (46 %).“

Quelle:  
1) Bild: „Herr Bundeskanzler, schauen Sie auf diese Zahlen!“, 10.05.2023

# Christen werden vornehmlich in muslimischen Staaten verfolgt

aktualisiert

**Weltverfolgungsindex: Wo Christen am stärksten verfolgt werden, 2023**



- Rang:
1. Nordkorea
  2. Somalia
  3. Jemen
  4. Eritrea
  5. Libyen
  6. Nigeria
  7. Pakistan
  8. Iran
  9. Afghanistan
  10. Sudan
  11. Indien
  12. Syrien
  13. Saudi-Arabien
  14. Myanmar
  15. Malediven

1

- Neben den beiden kommunistischen Staaten Nordkorea und China sind es v. a. muslimische Staaten, in denen Christen verfolgt werden (grün markiert).

2

- Nach Schätzung von Open Doors werden derzeit in 50 Ländern mehr als 360 Mio. Christen verfolgt.

3

- Bislang haben sich weder CDU/CSU noch SPD, Grüne FDP und Linke gegen die Christenverfolgung in der Welt gewandt! Nur die AfD setzt sich gegen Christenfeindlichkeit ein.

Quellen:  
 1) Open Doors: Weltverfolgungsindex 2023 2 Bundestag: AfD will Christenverfolgung in Pakistan stoppen, 17.12.2020) 3) Katholisch.de: Bundestag lehnt Beauftragten für Christenverfolgung in Deutschland ab, 17.12.2020

## Unsere AfD-Forderungen zu Demographie und Migration

aktualisiert

1

- Wie jede andere Volksgruppe auch haben die Deutschstämmigen in der Bevölkerung ebenfalls das Recht auf den Erhalt der eigenen Identität.

2

- Wenn die Grenzen nicht geschlossen werden und die Deutschen nicht mehr Kinder bekommen, werden Menschen mit Migrationshintergrund in den kommenden 20 bis 30 Jahre die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland stellen.

3

- Keine öffentliche Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Abtreibung ist kein Verhütungsmittel, und der Schutz des ungeborenen Lebens muss rechtlich gewährleistet sein.

4

- Familien müssen sich endlich wieder ohne Nachteile für das Kinderkriegen entscheiden können. Familie muss wieder bezahlbar sein.

5

- Deutschland ist als Industrienation auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Der stärker werdenden Nettoabwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften muss entgegengesteuert werden.

6

- Die Migration von schlecht ausgebildeten Einwanderern in unser Sozialsystem muss gestoppt werden. Deutschland darf nicht das Asylheim der EU werden.

7

- Der Familiennachzug, besonders von afrikanischen und arabischen Großfamilien, muss endlich gestoppt werden. Junge Männer vorschicken, damit der Rest nachgeholt werden kann, darf kein Geschäftsmodell werden.

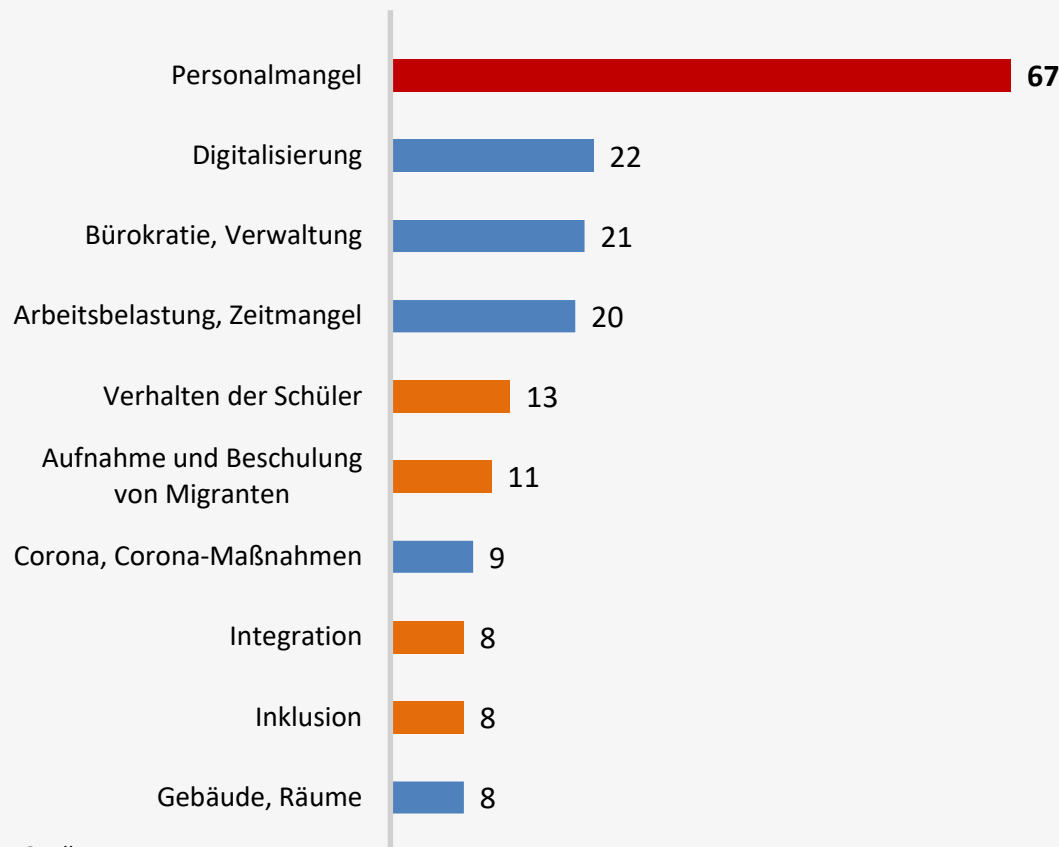
8

- Die weltweite Christenverfolgung darf nicht durch den Import fremder Werte und Kulturen nach Deutschland akzeptiert werden.

# Herausforderungen: Lehrermangel und Integration von Migranten

NEU

Was sind im November 2022 die größten Herausforderungen für Schulleitungen in %



Quellen:

1) Robert Bosch Stiftung: Repräsentative Umfrage. Deutschlands Schulen leiden unter Fachkräftemangel, 2023

2) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: „Corona-Bildungshilfen haben förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kaum erreicht“, 06.09.2022

1

- „Für zwei Drittel der Schulleiter ist das fehlende pädagogische Personal die größte Herausforderung. An sozial benachteiligten Standorten sagen dies sogar 80 %.“

2

- „Seit März 2022 hat das deutsche Schulsystem eine sehr hohe Zahl an geflüchteten Kindern aus der Ukraine aufgenommen.“ „Im selben Zeitraum sind noch einmal fast genauso viele Schüler aus anderen Ländern an die Schulen gekommen.“ „Rund die Hälfte der Schulen sieht derzeit keine Kapazitäten mehr für die Aufnahme weiterer Schüler.“

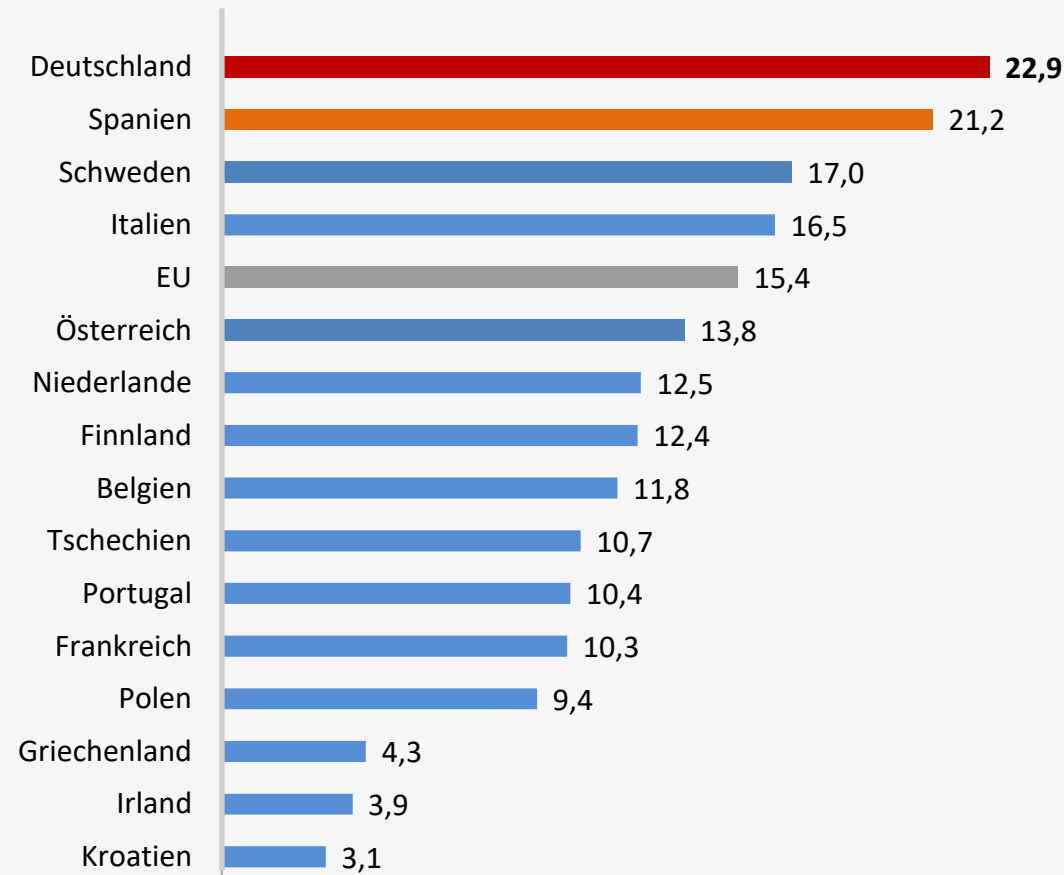
3

- Zwei Drittel der Schulleiter bezeichnen die Corona-Aufholprogramme als wirkungslos. „Corona-Bildungshilfen haben förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kaum erreicht.“

# Immer mehr Niedrigqualifizierte durch starke Migration in Deutschland

NEU

**Niedrigqualifizierte im Alter zwischen 20 und 24 Jahren im europäischen Vergleich in % der Gesamtbevölkerung im Jahr 2021**



Quellen:

- 1) Institut der deutschen Wirtschaft: Bildungsstand im europäischen Vergleich, 21.01.2023
- 2) Die Zeit: „Deutschland droht laut Studie bei Bildung international zurückzufallen“, 21.01.2023

1

- In Deutschland gab es noch nie so viele Niedrigqualifizierte, wie das „Institut der deutschen Wirtschaft“ herausfand. Für ein Industrieland, das gut ausgebildete Menschen benötigt, ist das ein kontraproduktiv. Deutschland droht international zurückzufallen.

2

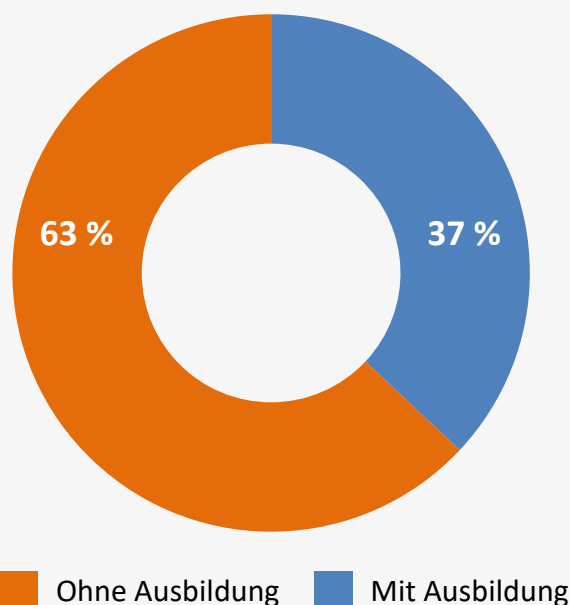
- „Auch hat sich die Zuwanderung insgesamt in den letzten Jahren in Deutschland, wie auch in den meisten anderen nord-, west- und südeuropäischen Ländern negativ auf die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausgewirkt.“

3

- „Die Ursachen für diese ungünstige Entwicklung liegen (...) auch bei den Wanderungsbewegungen. So waren die zugewanderten Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren im Jahr 2021 mit einem Anteil von 29,9 % weit häufiger niedrigqualifiziert als die im Inland Geborenen mit 10,0 %.“

## 2015 lässt grüßen: bis zu 63 % der Ukrainer haben keine Ausbildung

**Berufliche Qualifikation von ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland in % im Juni 2022**



Quellen:

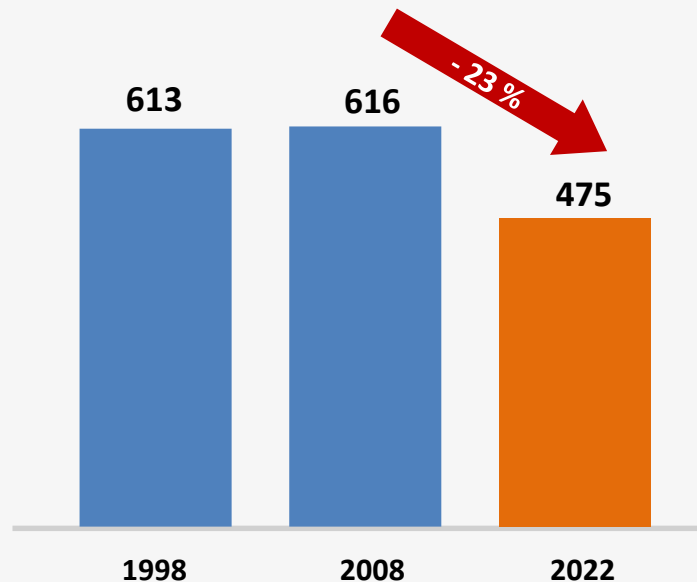
- 1) Business Insider: „Interner Bericht zeigt: Geflüchtete aus Ukraine offenbar schlechter qualifiziert als angenommen“, 11.07.2022
- 2) Deutschlandfunk: „Ukraine-Krieg. Schon über 140.000 Integrationskurse genehmigt“, 11.07.2022
- 3) Wirtschaftswoche: „Kosten pro Flüchtling 4000 Euro – Erstattung: 875 Euro“, 01.04.2022
- 4) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn: Kosten für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, Drs. 20/8229, 04.04.2022

- 1
  - Anders als öffentlich verlautbart, verfügen 63 % der Ukrainer, die nach Deutschland geflüchtet sind, über keine berufliche Qualifikation – oder sie sind nicht erfasst worden. In der Zeit vom 24. Februar bis zum 3. Juli 2022 sind 876.461 Ukrainer in Deutschland angekommen.
- 2
  - 87 % der Ukrainer sprechen kein Deutsch. Damit wird eine Integration und eine zeitnahe berufliche Beschäftigung schwierig. Zumal „etwa 265.000“ Ukrainer „im erwerbsfähigen Alter, also zwischen 15 und 67 Jahren alt“ sind.
- 3
  - Laut Bundesagentur für Arbeit sind „bisher schon rund 144.000 Integrationskurse für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer genehmigt“ worden. Seit dem 1. Juni 2022 haben Ukrainer zudem Anspruch auf Hartz-IV/ Bürgergeld-Leistungen.
- 4
  - Für die Unterbringung und Verpflegung von ukrainischen Flüchtlingen geben die Kommunen bis zu 4.000 Euro pro Monat und Person aus (Baden-Württemberg). Aufgrund des geringen Bildungsniveaus ist mit einer langfristigen Kostenbelastung des Staates zu rechnen. Hessen rechnet mit 665 Mio. Euro für 2022.

# Immer weniger Auszubildende – Flüchtlinge haben kaum Interesse

aktualisiert

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge  
in Tausend nach Jahren



Quellen:

- 1) Bundesagentur für Arbeit: Situation am Ausbildungsmarkt, Oktober 2022
- 2) Bundesinstitut für Berufsbildung: „Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2022“, 14.12.2022
- 3) Berufsbildungsbericht 2022

1

- Im Jahr 2022 begannen nur noch 475.100 Personen eine Ausbildung. Das ist im Vergleich zum Jahr 2008 ein Rückgang von fast 23 %.

2

- Laut Bundesagentur für Arbeit lag der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen 2021 bei 12 % und 2022 bei 13 %. Die Anzahl unbesetzter Ausbildungsstellen stieg von 63.200 im Jahr 2021 auf 68.900 im Jahr 2023. Das ist ein Zuwachs von 9 %.

3

- Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Dies gilt vor allem in den Bereichen Lebensmittelhandwerk, Gaststättengewerbe, Gerüst-, Beton- und Stahlbau.

4

- Die Zahl junger Menschen mit Fluchthintergrund, die sich für eine Ausbildungsstelle interessierten, hat im vergangenen Jahr weiter abgenommen. So haben im Jahr 2022 nur 9.900 Bewerber mit Fluchthintergrund eine Berufsausbildung begonnen (- 3 % zu 2021).



## Unsere AfD-Forderungen zu Bildung und Wissenschaft

aktualisiert

- 1
  - Deutschland muss endlich mehr Geld in Bildung investieren. Bildungssysteme wie in Norwegen, Schweden und Finnland müssen Vorbilder sein.
- 2
  - Die IGLU-21-Studie zeigt, dass wir mehr Mut zur Disziplin, die Wiederherstellung der Autorität des Lehrers und ein nach Leistung differenzierendes Schulsystem benötigen. Wir brauchen kleinere Klassen. Und v. a. müssen Bildungsstand und Bildungsfähigkeit ein zentrales Kriterium einer zukünftigen, klugen Einwanderungspolitik sein.
- 3
  - Kinder aus Migrantenfamilien müssen besonders gefordert und gefördert werden. Gute Schulabschlüsse verbessern die Zukunftsaussichten und tragen maßgeblich zur Integration bei. Daher sind Migrationsquoten an Schulen verbindlich umzusetzen.
- 4
  - Die Abwanderung der eigenen Hochqualifizierten muss gestoppt und die Rückkehr von zuvor ausgewanderten Bürgern in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützt werden. Fachkräftelücken sind durch Technisierung zu schließen, nicht durch den Import unqualifizierter Ausländer.

- 5
  - Der deutsche Fachkräftemangel besteht überwiegend im Handwerk. Berufliche Ausbildung muss gegenüber akademischer Bildung gestärkt werden. Das deutsche Handwerk hat nach wie vor goldenen Boden.
- 6
  - Um dem weiteren internationalen Abstieg der deutschen Hochschulen entgegenzuwirken, müssen die Hochschulen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Zudem muss der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit wieder Geltung verschafft werden.
- 7
  - Sofortige Streichung aller Fördermittel für so genannte Gender-Studies an allen deutschen Hochschulen. Wir brauchen Qualität an unseren Hochschulen, keine links-grüne Ideologie.
- 8
  - Die Desiderius-Erasmus-Stiftung muss, wie alle anderen parteinahen Stiftungen, endlich Fördermittel erhalten.

# Fachkräfte meiden Deutschland: Wohnraummangel und Bürokratie

**NEU**

Wie zufrieden sind ausländische Fachkräfte mit Verwaltung, digitalem Leben, Wohnen und Sprache? nach Rang in 2023

Besten 10	Schlechtesten 10
1. Bahrain	43. Malta
2. Ver. Arab. Emirate	44. Frankreich
3. Singapur	45. Tschechische Rep.
4. Estland	46. Vietnam
5. Oman	47. Griechenland
6. Indonesien	48. Italien
7. Saudi-Arabien	49. Kuwait
8. Katar	50. China
9. Kenia	51. Japan
10. Kanada	<b>52. Deutschland</b>

1

- Nach Deutschland wandern nur wenige Fachkräfte ein, dafür aber überproportional viele Migranten ohne Schul- und/oder Berufsabschluss. Die Gründe, warum Deutschland auf dem letzten Platz bei den hochqualifizierten Auswanderern liegt, sind hausgemacht.

2

- U.a. stoßen ausländische Fachkräfte auf hohe Hürden wie eine schwerfällige Bürokratie, eine schlechte Digitalisierung, eine große Wohnungsknappheit und hohe Mieten.

3

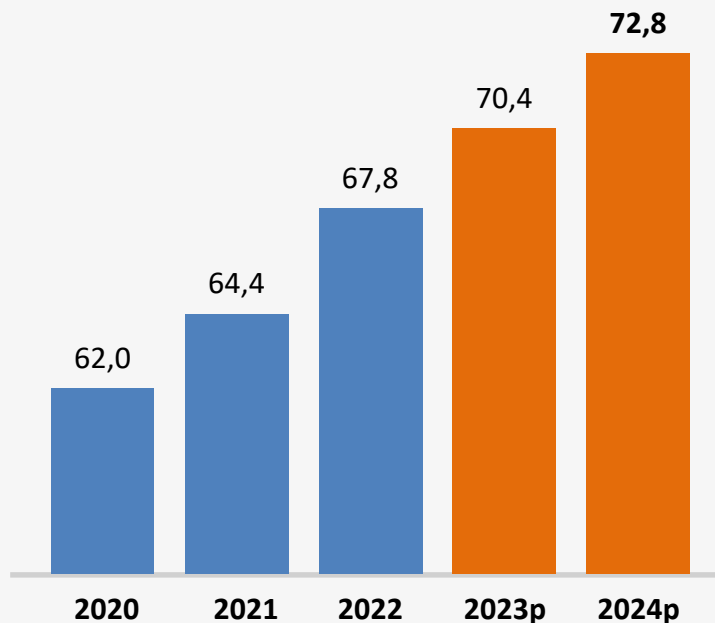
- Und hier zeigt sich, dass der Fachkräftemangel ein selbst verschuldetes Problem ist. Denn dadurch, dass jedes Jahr Hunderttausende illegale Migranten nach Deutschland ungehindert einwandern, finden gut ausgebildete Ausländer nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Zudem sind die Behörden mit dem Zustrom von Asylbewerbern überlastet, so dass sie sich nicht mehr ausreichend um arbeitswillige Fachkräfte kümmern können.

Quelle: 1) Inter Nations: „Where Expats Struggle Most to Get Started?“, 21.03.2023

# Lage der Kommunen immer dramatischer – Migration belastet Haushalt

NEU

**Ausgaben der kommunalen Haushalte für soziale Leistungen** in Mrd. Euro und Jahren



Quellen:

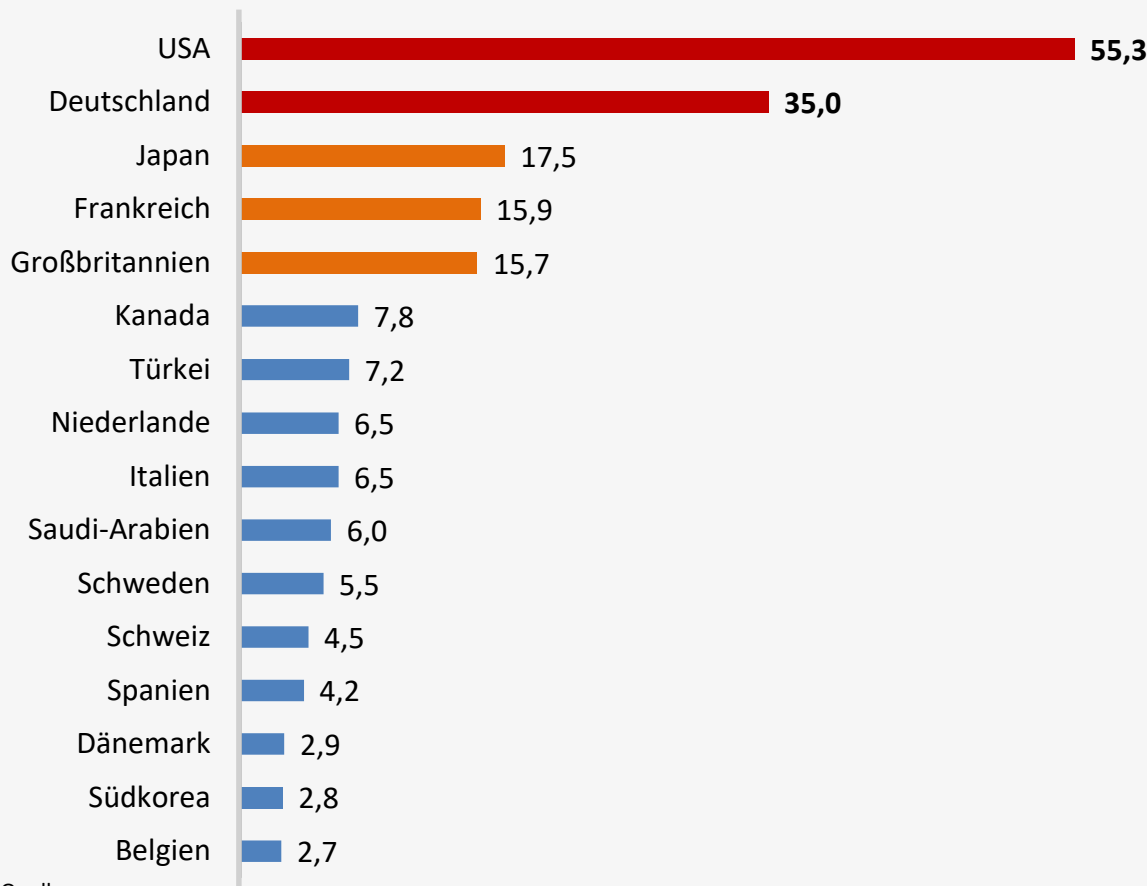
1) Handelsblatt: „Die Lage ist dramatisch“ – Deshalb drohen in Kommunen Mehrbelastungen für die Bürger“, 14.12.2022 2) Sozialpolitik aktuell: Soziale Leistungen in den Kommunalhaushalten 2020

- 1
  - Die sozialen Leistungen erdrücken zunehmend die Haushalte der Kommunen. Waren es im Jahr 2020 bereits 62 Mrd. Euro, die u.a. für die Unterkunft von Migranten (19,3 %), Eingliederungshilfen (24,0 %), Jugendhilfe (19,8 %), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (4,2 %) von den Städten und Gemeinden aufzubringen waren, werden sich diese im Jahr 2024 auf nahezu 73 Mrd. Euro belaufen.
- 2
  - Zudem belasten die hohen Energiekosten sowie die Inflation die Kommunen immer stärker. Auch zeigt sich die Inflation in den kommunalen Haushalten. Explodierende Energiekosten und die jüngsten Tarifabschlüsse führen zu weiteren Belastungen.
- 3
  - Es ist davon auszugehen, dass nicht wenige Kommunen die Grund- und die Gewerbesteuer sowie andere Kommunalabgaben (u. a. Abwassergebühren) erhöhen werden.

# Deutschland zweitgrößter Geldgeber – China und Indien geben nichts

NEU

Entwicklungshilfe in Mrd. US-Dollar nach Ländern im Jahr 2022



Quellen:

1) OECD: ODA Levels in 2022- Preliminary data, 12.04.2023 2) Tagesschau: „Wie China seinen Einfluss ausbaut“, 16.07.2020 3) Konrad-Adenauer-Stiftung: „Zur Entwicklungspolitik der Golfstaaten: Motive, Schwerpunkte und Kooperationspotenziale“, 05.07.2021

1

- Die Vereinigten Staaten verfolgen mit Entwicklungshilfeszahlungen auch geostrategische Ziele. Würde lieber so formulieren „Für Deutschland, den zweitgrößten Zahler, scheinen eigene wirtschaftliche Interessen hingegen oftmals keinerlei Bedeutung zu haben.“

2

- China – wie Indien – steigern dagegen ohne Entwicklungshilfeszahlungen ihren politischen Einfluss in Afrika und Asien, indem sie in den Ländern im Tausch gegen Rohstoffe die Infrastruktur ausbauen und dafür Rohstoffe erhalten.

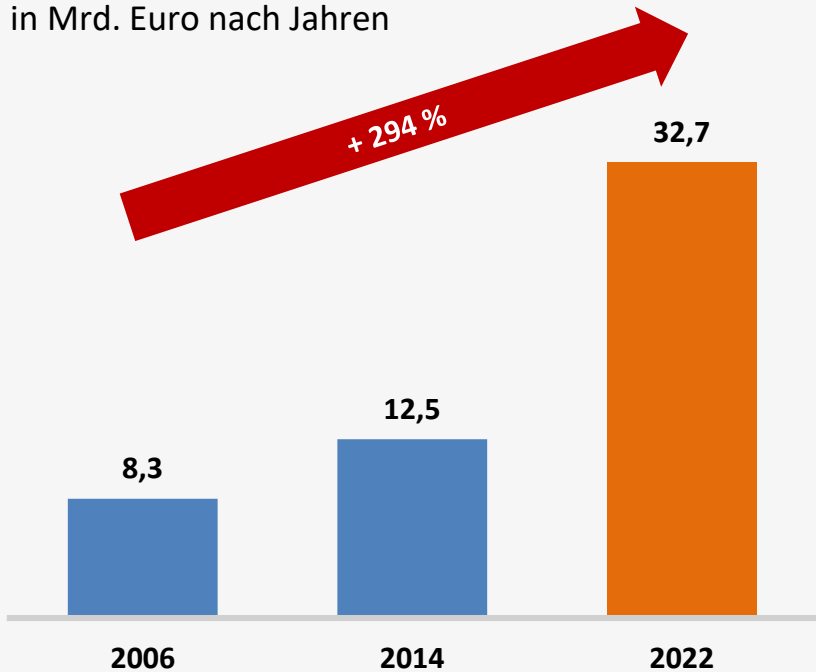
3

- Anders verfahren arabische Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate. Diese unterstützen mit ihren Geldern vor allem weltweit den Islam.

# Deutschland steigerte seit 2006 seine Entwicklungshilfe um 293 %

aktualisiert

**Deutsche Entwicklungshilfe weltweit**  
in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

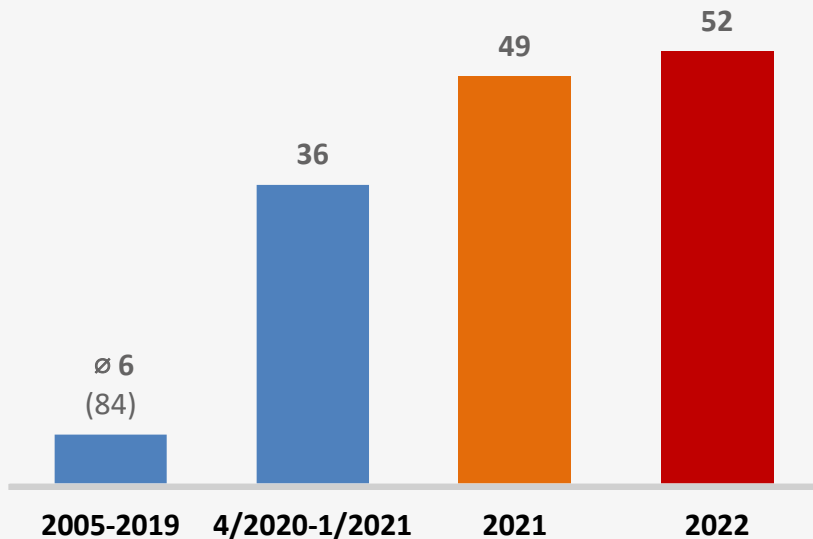
1) OECD: ODA Levels in 2022- Preliminary data, 12.04.2023 2) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Geber im Vergleich, 23.04.2021 3) Statista: Deutsche Netto-Zahlungen für Entwicklungshilfe, 22.04.2020 4) Süddeutsche Zeitung: „Deutschland zweitgrößter Geber“, 12.04.2021 5) Ifw Kiel: „Why Germany Should Continue Its Development Cooperation With China“, 11/2021 6) Die Welt: „Hunderte Millionen deutsche Entwicklungshilfe für China. Wann ändert sich das?“, 20.06.2022 7) Finanzen.net: Währungsrechner 8) Markus Frohnmaier (AfD): „Entwicklungshilfe für China und andere Wirtschaftsmächte beenden“, 19.01.2023

- 1
  - Obwohl Deutschland die viertgrößte Volkswirtschaft ist, liegt es bei den Entwicklungshilfeszahlungen auf Platz 2. Im Jahr 2022 gab Deutschland knapp 33 Mrd. Euro (2021: 27,3 Mrd. Euro) für die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit aus. Was im Vergleich zum Niveau des Jahres 2006 einer Steigerung um fast 294 % entspricht.
- 2
  - Im Jahr 2022 leisteten die EU-Staaten insgesamt über 85,6 Mrd. Euro Entwicklungshilfe. Das bedeutet, dass Deutschland mehr als 38 % der gesamten Entwicklungshilfe der EU-Staaten trägt. Da die EU zusätzlich 21,57 Mrd. Euro Entwicklungshilfe zahlt, erhöht sich die Summe für Deutschland zusätzlich. Denn auch hier tragen die deutschen EU-Zahlungen die Hauptlast.
- 3
  - Die Bundesregierung zahlte von 2017 bis 2021 fast 3 Mrd. US-Dollar an Entwicklungsleistungen an China. „Die Projekte werden von nichtstaatlichen Akteuren durchgeführt – aber aus deutschen öffentlichen Mitteln bezahlt. Zum Beispiel: Die ‚Förderung eines zivilgesellschaftlichen Gender-netzwerks‘ für 400.000 Euro oder die ‚Förderung eines Online-Netzwerkes zur Befähigung von Arbeitsmigrantinnen in China‘ für 219.000 Euro.“

# Korruption bei Entwicklungshilfe steigt – als Verschlusssache eingestuft

NEU

**Mittelfehlverwendungen deutscher Entwicklungshilfe nach Anzahl seit 2005**



Quellen:

1) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/13045, 09.09.2019](#) 2) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/18982, 06.05.2020](#) 3) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/27766, 23.03.2021](#) 4) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 20/5525, 06.02.2023](#) 5) [Markus Frohnmaier \(AfD-MdB\): „Dramatischer Anstieg der Korruptionsfälle in der Entwicklungshilfe alarmierend“, 08.02.2023](#)

1

- Erst auf Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion kam heraus, dass die „Anzahl der bestätigten Fälle von Mittelfehlverwendungen in der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit sich auf einem Allzeithoch befindet.“ Viele Details wie die Höhe der Mittelfehlverwendungen, die Namen der Projekte und NGOs werden geheim gehalten. Zudem kam heraus, dass „70 der 84 Partnerstaaten der deutschen Entwicklungshilfe als hochkorrupt eingeschätzt“ werden.

2

- Laut Bundesregierung „stehen nach sorgfältiger Abwägung mit dem parlamentarischen Informationsanspruch einer uneingeschränkten Veröffentlichung von Daten der Durchführungsorganisationen zu Mittelfehlverwendungen in Partnerländern der Schutz der Grundrechte Dritter sowie das Interesse der Bundesregierung an einer funktionsgerechten und adäquaten Aufgabenwahrnehmung entgegen.“

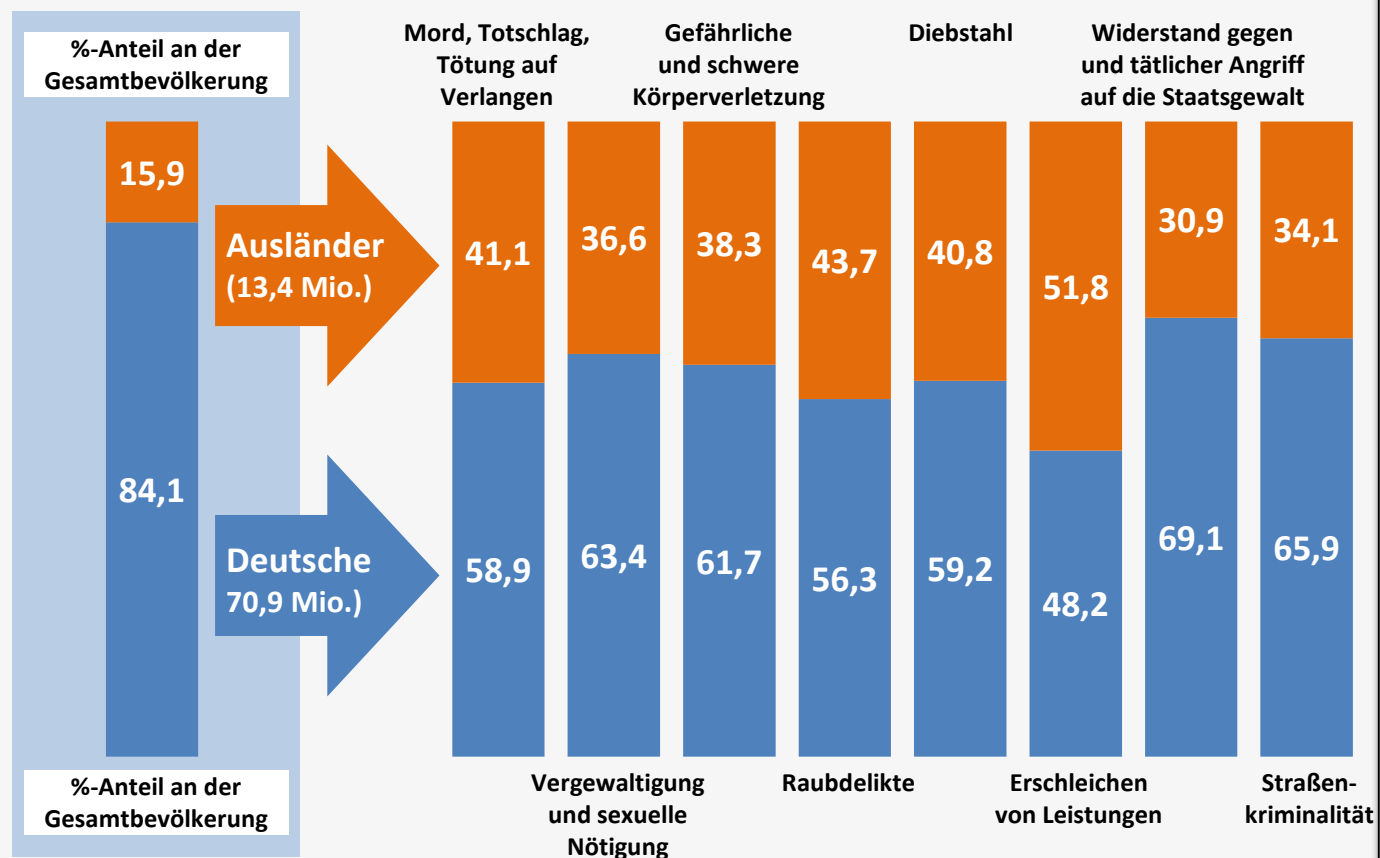
3

- Es ist davon auszugehen, dass es noch zu weiteren Mittelfehlverwendungen gekommen ist. Denn laut Bundesregierung würde „eine händische Recherche von ca. 17.000 Vorhaben nichtstaatlicher Träger im Zeitraum seit 2005 (bis 2019), die erforderlich wäre, um ggf. einzelne Fälle von Mittelfehlverwendung festzustellen, zudem den Rahmen der Zumutbarkeit sprengen.“

# Ausländer begingen 2022 überproportional viele schwere Verbrechen

aktualisiert

Anteil der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße in % im Jahr 2022



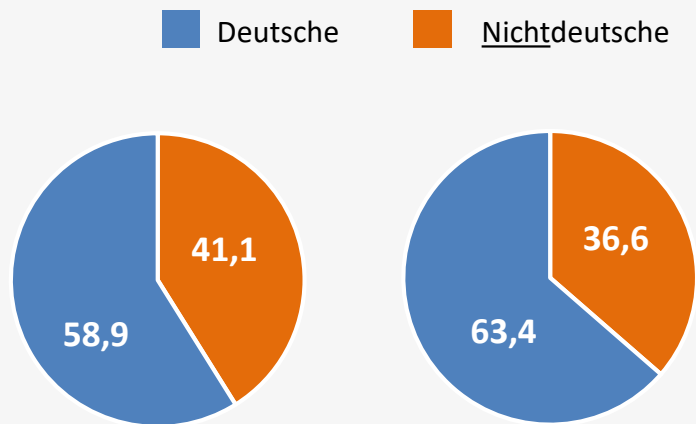
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 2,1 Mio. Tatverdächtige in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik erfasst. „Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 10,7 % angestiegen.“ 1,3 Mio. Tatverdächtige waren deutsche Staatsangehörige (+ 4,6 %), „783.876 der Tatverdächtigen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (+ 22,6 %). Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 310.062 Zuwanderer (+ 35 %).“ Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist bei Mord, Totschlag, Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung unverhältnismäßig hoch. Bei doppelter muss zudem immer die deutsche Staatsangehörigkeit angegeben werden.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023 5) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kriminalitätsentwicklung in dem Zeitraum von 2000 bis 2022 in ausgewählten Deliktsbereichen, Drs. 20/7072, 31.05.2023

# Anteil Nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Mord/Vergewaltigung sehr hoch

aktualisiert

Anteil der Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen in % im Jahr 2022



2.699 Tatverdächtige:  
Mord, Totschlag,  
Tötung auf Verlangen

10.045 Tatverdächtige:  
Vergewaltigung,  
sexuelle Nötigung und  
sexueller Übergriff im  
besonders schweren Fall  
einschl. mit Todesfolge

Quellen:

1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023

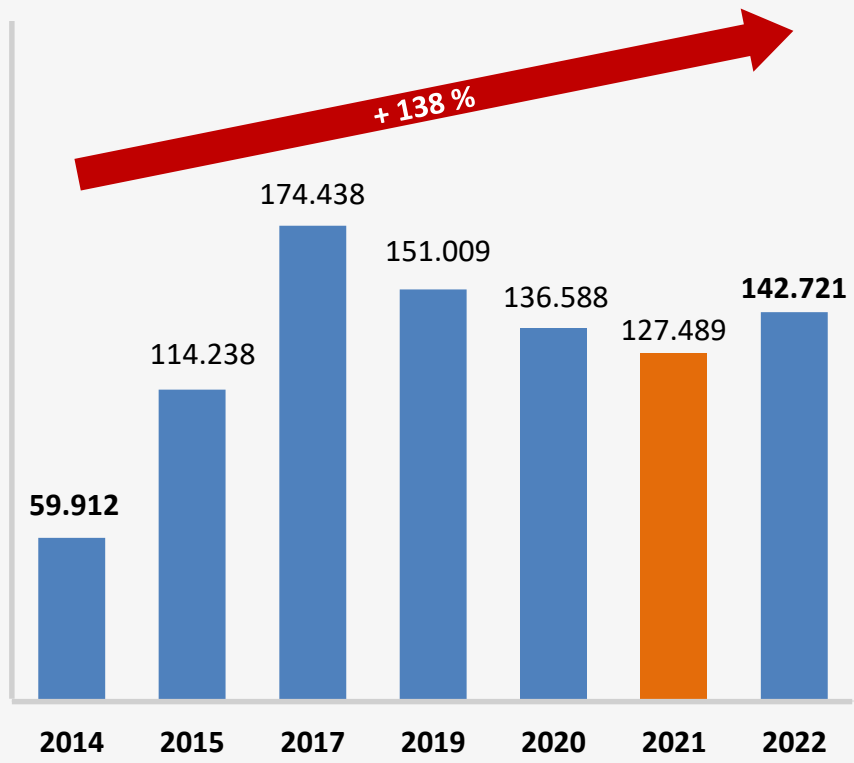
- 1
  - Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an „Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen“ lag im Jahr 2022 insgesamt bei 41,1 %. Insgesamt waren 1.108 Täter nichtdeutscher Herkunft. Zum Jahr 2021 gab es insgesamt eine Steigerung bei Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen um 5,9 % auf 2.236 Fälle.
- 2
  - Die Straftatbestände § 177 StGB (Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) und § 178 StGB (Sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge) wurden im Jahr 2022 zu 36,6 % von Ausländern begangen. Zum Jahr 2021 gab es insgesamt eine Steigerung bei diesen Delikten um 20,1 % auf 11.896 Fälle.
- 3
  - Betrachtet man nur die nichtdeutschen Tatverdächtigen stellt man fest, dass unter diesen die Zuwanderer deutlich überrepräsentiert sind. Bei Mord, Totschlag etc. machen diese 31,1 % und bei den Vergewaltigungen etc. sogar 31,4 % aller Tatverdächtigen in dieser Kohorte aus.



# Straftaten bei Zuwanderern seit 2014 um 138 % gestiegen

aktualisiert

## Tatverdächtige Zuwanderer („Flüchtlinge“) insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße nach Jahren



Unter ausländerrechtlichen Verstößen sind u. a. die unerlaubte Einreise, das Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder die Täuschung im Rechtsverkehr zu verstehen. Diese Verstöße sind in der obigen Statistik nicht eingerechnet.

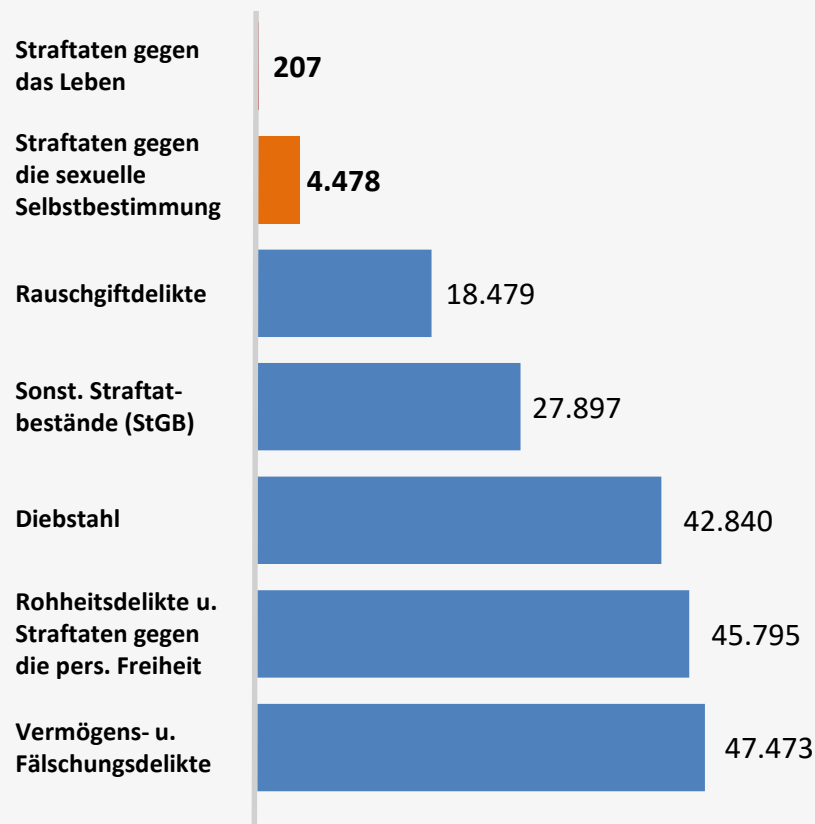
Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2014-2021  
2) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022

- 1
  - Vergleicht man die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße (1,92 Mio.), waren davon 142.721 Zuwanderer tatverdächtig. Zuwanderer sind Personen mit Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge“, „Duldung“, oder „unerlaubter Aufenthalt“.
- 2
  - Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) waren es besonders Zuwanderer, die maßgeblich zur Steigerung in den Jahren 2014 bis 2022 beigetragen haben (+ 138 %).
- 3
  - Dagegen ist unter den tatverdächtigen Deutschen in dieser Zeit insgesamt ein deutlicher Rückgang von 14,4 % zu verzeichnen (2014: 1,53 Mio., 2022: 1,31 Mio.).
- 4
  - Ex-Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihrer widerrechtlichen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle geöffnet. Der große Anstieg an Straftaten ist das traurige Vermächtnis aus 16 Jahren Merkel und einer Politik, die auch von der Ampel-Regierung fortgeführt wird.

# Auch zum Vorjahr deutliche Steigerung der Straftaten durch Zuwanderer

aktualisiert

## Straftaten von tatverdächtigen Zuwanderern nach Anzahl im Jahr 2022 (Stichtag: 30.09.2022)



Quellen:  
1) [Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, 01.01.2022.-30.09.2022, 15.05.2023](#) 2) [Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021](#)

1

- In den ersten neun Monaten des Jahres 2022 „wurden insgesamt 198.187 Fälle im Zusammenhang mit versuchten und vollendeten Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde.“ Zum Vergleichszeitraum des Jahres 2021 war dies eine Steigerung von 16 % (170.844 Fälle).

2

- „Der Großteil der Fälle von Straftaten gegen das Leben mit tatverdächtigen Zuwanderern (207) blieb im Versuchsstadium (80,2 %). Bei den 41 vollendeten Fällen wurden insgesamt 44 Personen getötet, wobei es sich bei den Opfern um 22 Zuwanderer und 13 deutsche Staatsangehörige handelte. Acht Opfer hatten eine EU-Staatsangehörigkeit oder keinen Zuwanderungsstatus und ein Opfer hatte eine unbekannte Staatsangehörigkeit.“

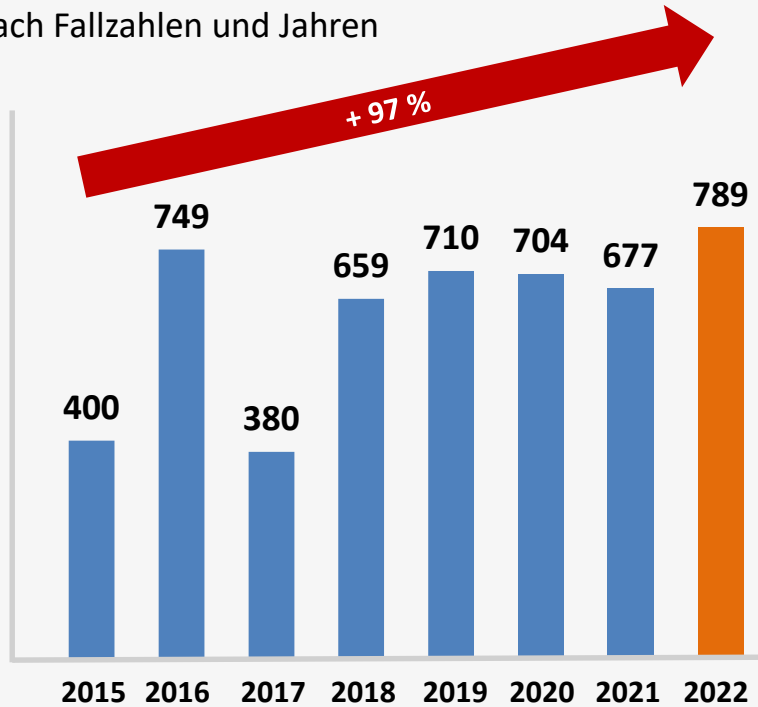
3

- „Bei Staatsangehörigen aus den afrikanischen Staaten Gambia, Nigeria und Somalia war der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern ebenfalls höher als der Anteil an der Gruppe der Zuwanderer. Die deliktischen Schwerpunkte lagen im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte (vorrangig Beförderungerschleichung) sowie der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (überwiegend Körperverletzung).“

# 789 Gruppenvergewaltigungen – 50 % ausländische Tatverdächtige

aktualisiert

**Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177 Abs. 6 Nr. 2, Abs. 7 und 8 StGB insgesamt nach Fallzahlen und Jahren**



Quellen:

- 1) ) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2005-2020
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Entwicklung der Gruppenvergewaltigungen, Drs. 20/6936, 19.05.2023
- 3) Die Welt: „Das Phänomen "taharrush gamea" ist in Deutschland angekommen, 10.01.2016
- 4) Bild: „Jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen“, 31.07.2021
- 5) Bild: „Frauen ins Auto gezerrt, verschleppt und vergewaltigt“, 03.09.2021
- 6) Junge Freiheit: „Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch — Wollen wir so leben?“, 23.05.2023

1

- Im Jahr 2022 gab es 789 Gruppenvergewaltigungen. Das war ein Negativrekord bei diesem Delikt. Im Jahr 2015 waren es „erst“ 400. Fast 50 % der Tatverdächtigen waren Ausländer. Dabei machen Ausländer nur 15,9 % der Gesamtbevölkerung aus.

2

- Erst durch eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner wurden die Zahlen für die letzten Jahre bekannt. Von 2015 bis 2022 kam es bei dem Delikt der Gruppenvergewaltigung zu einer Steigerung um 97 %.

3

- „Von den Verdächtigen ohne deutschen Pass stammten die meisten fast jedes Jahr seit 2015 aus Syrien und Afghanistan. Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutschen Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen.“

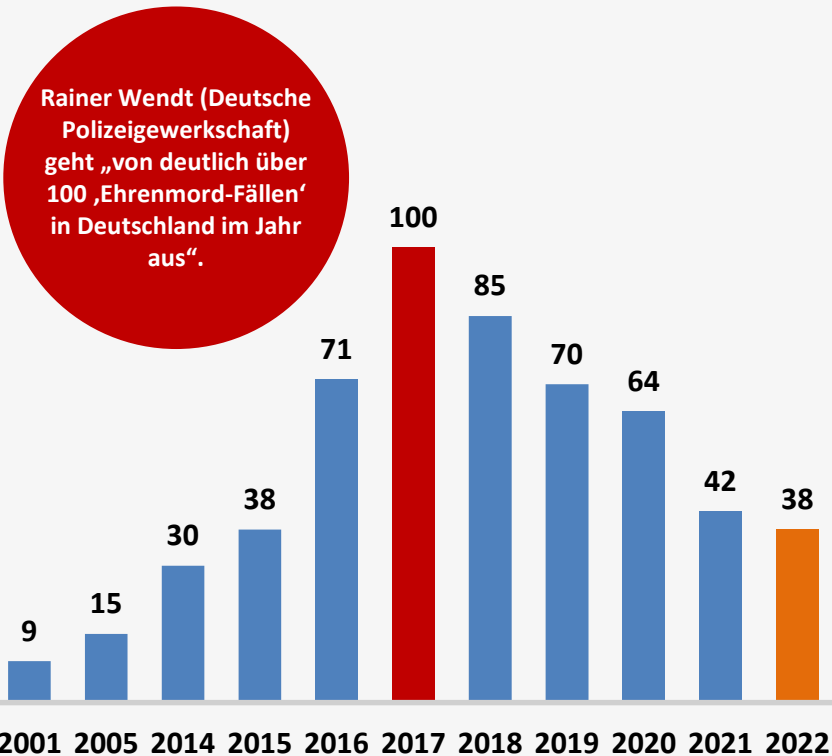
4

- Das Thema Gruppenvergewaltigung ist erst durch die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht 2015/16 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. „Bei den polizeilich bekannt gewordenen Tätern handelt es sich bisher mehrheitlich um junge nordafrikanische Männer.“

# Seit 2015 gab es mindestens 522 Ehrenmorde – Dunkelziffer höher

aktualisiert

## Ehrenmorde in Deutschland nach Anzahl (Schätzung) und Jahren



Rainer Wendt (Deutsche Polizeigewerkschaft) geht „von deutlich über 100 ‚Ehrenmord-Fällen‘ in Deutschland im Jahr aus“.

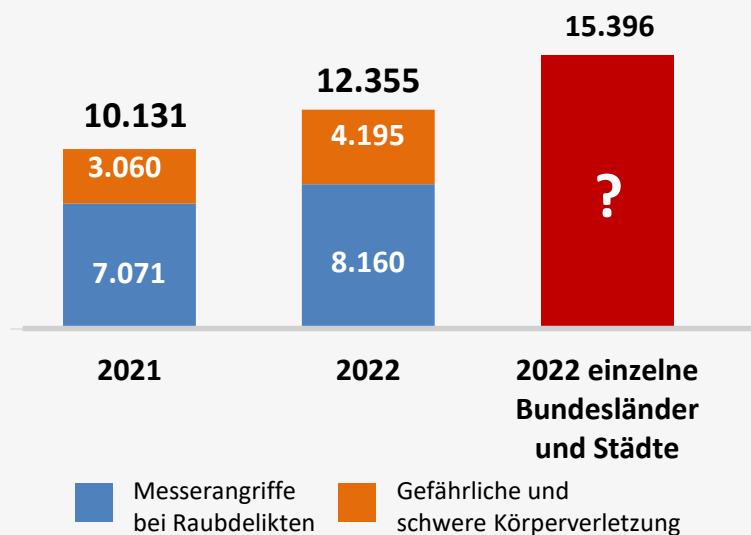
Quellen:  
 1) Ehrenmord.de: Dokumentierte Ehrenmorde (Stand: 01.06.2023) 2) Bild: „Fast jede Woche ein ‚Ehrenmord‘“, 13.08.2021 3) Tagesschau: „Ehrenmord oder Femizid?“, 06.08.2021 4) Bayerischer Rundfunk: Mehr als 300.000 Menschen in Deutschland ausreisepflichtig, 07.03.2023

- 1
  - Das Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlicht seit 2011 keine Zahlen mehr zu Ehrenmorden. Der Internetseite „ehrenmord.de“ ist es zu verdanken, dass den Opfern weiterhin ein Gesicht gegeben wird und sie nicht vergessen werden.
- 2
  - Seit der Flüchtlingskrise 2015 wurden mindestens 522 Ehrenmorde (2023: 14; Stand: 1.6.2023) mit tödlichem Ausgang verübt. Zudem wurden in dieser Zeit zusätzlich 15 ungeborene Kinder getötet. Das Dunkelfeld an Ehrenmorden dürfte insgesamt deutlich höher sein.
- 3
  - Die meisten Täter stammen aus islamischen Staaten wie Afghanistan oder Syrien. „Der Islam-Experte Ahmad Mansour sagt klar, dass sogenannte Ehrenmorde mit [der] Religion und Kultur zusammenhängen.“
- 4
  - Über 304.000 Personen waren Ende 2022 ausreisepflichtig, darunter auch viele Straftäter. Doch wegen des verhängten Abschiebestopps bleiben fast alle vorerst in Deutschland. Die Altparteien versuchen den Begriff „Ehrenmord“ zu verschleiern und sprechen von „Femizid“.

# Sind BKA-Zahlen der Messerangriffe geschönt? Vieles deutet darauf hin

**NEU**

## Erfasste Fälle von Messerangriffen nach Anzahl und Jahren



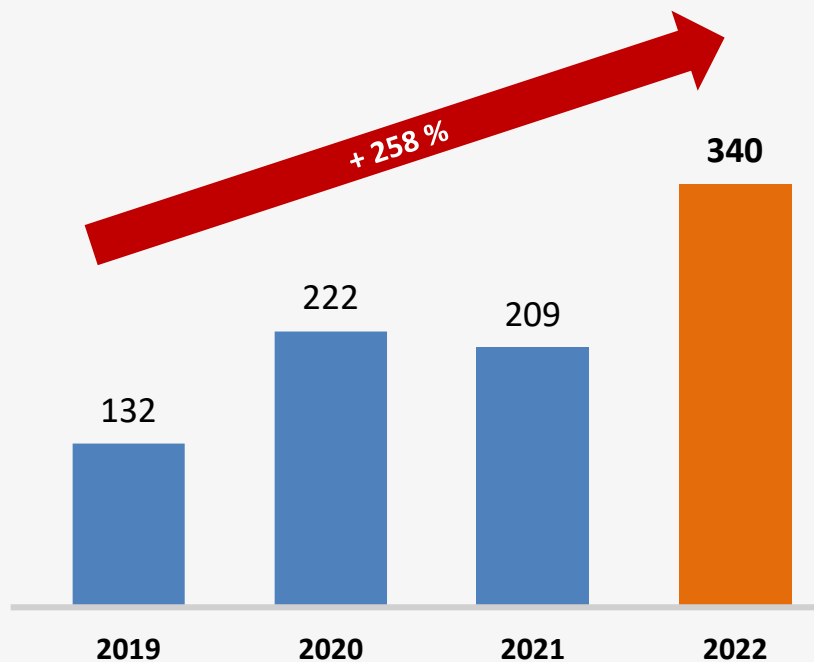
Quellen: 1) BKA: PKS für das Jahr 2022 2) BKA: PKS für das Jahr 2020 3) Bild: „Berlin: Neun Messer-Attacken pro Tag“, 17.03.2023 4) WDR: „Immer mehr Messerattacken? Das sind die Fakten“, 09.05.2023 5) Stuttgarter Zeitung: „Mehr als 3.300 Opfer von Messerangriffen im Jahr 2022“, 23.03.2023 6) Hessen.de: „In Innenstädten haben Messer nichts zu suchen“, 18.04.2023 7) HNA: „Messerangriffe in Hannover: Zahl der Attacken steigt“, 26.03.2023 8) Polizei Hamburg: PKS 2022 9) Bild: „Jeden Tag ein Messer-Angriff in Bremen“, 10.05.2023 9) Rheinland-Pfalz: PKS 2022 10) Brandenburg: PKS 2022 11) Schleswig-Holstein: PKS 2022 12) Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Senat: Messerangriff und Täterhintergrund in den Jahren 2021 und 2022, Drs. 19/4883, 10.03.2023 13) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei bis 2022, Drs. 20/5672, 15.02.2023 14) Anfrage der hessischen AfD-Fraktion: Waffenverbotszonen in Hessen, Drs. 20/10747, 12.07.2023 15) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: Messerangriffe in Hessen, Drs. 20/10748, 17.07.2023

- 1
  - Innerhalb eines Jahres haben sich die Messerangriffe laut dem Bundesinnenministerium um über 20 % auf 12.355 erhöht. Täglich also fast 34 Messerangriffe. Schaut man sich aber die Zahlen einzelner Bundesländer an, müsste die Anzahl der Messerangriffe deutlich höher liegen. In Hessen waren von den 2.000 ermittelten Tatverdächtigen im Jahr 2022 1.034 Ausländer und 966 Deutsche. Von diesen besaßen 215 neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft.
- 2
  - Messerangriffe 2022 nach Bundesländern: Berlin 3.317, Baden-Württemberg 2.727, Brandenburg 693, Bremen 453, Hamburg 1.127, Hessen 556 (PKS; laut AfD-Anfrage sogar 2.124), NRW 4.194 (44,2 % der Täter haben hier keinen deutschen Pass), Rheinland-Pfalz 436 und Schleswig-Holstein 909. Zusammen mit München (188) und Hannover (786) kommt man schon auf 15.386 Messerangriffe im Jahr 2022.
- 3
  - Mit bundesweiten Zahlen ist wohl erst im nächsten Jahr zu rechnen. Denn die Bundesländer Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erfassen Messerangriffe noch nicht gesondert in ihren Polizeilichen Kriminalstatistiken. Nach einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion stellte sich heraus, dass laut „Eingangsstatistik der Bundespolizei“ für das Jahr 2022 über 51 % der Täter, die ein Messer einsetzten, Nicht-Deutsche waren.

# Starker Anstieg bei Hassverbrechen gegen Deutsche – Dunkelziffer hoch

NEU

## Hassverbrechen gegen Deutsche nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Schriftliche Frage des AfD-MdB Martin Hess: Anzahl deutschfeindlicher Straftaten, 19.06.2023 2) Junge Freiheit: „Zahl der Hassverbrechen gegen Deutsche steigt rasant“, 30.06.2023

1

„Die Zahl der Hassverbrechen gegen Deutsche hat sich seit Beginn der Erfassung derartiger Straftaten in der Statistik fast verdreifacht. Wurden 2019 noch 132 deutschfeindliche Straftaten durch die Behörden registriert, stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 340 Straftaten.“ Diese Zahlen wurden erst durch die AfD aufgedeckt.

2

„Besonders die Gewalttaten steigen dabei drastisch an. Waren es 2019 noch 22 derartige Taten, waren es 2022 bereits 107. Dies entspricht einem Anstieg von fast 400 %. Ihr prozentualer Anteil stieg von 14,4 auf 31,4 %.“

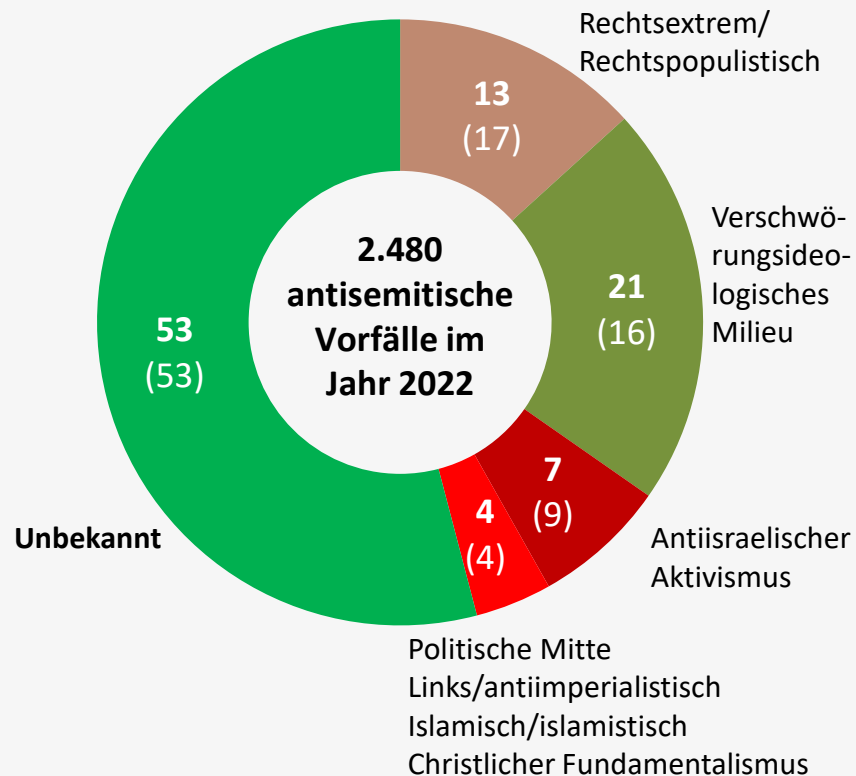
3

Laut dem AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess „ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da zum einen nicht jeder Täter sein deutschfeindliches Motiv bei der Ausübung einer Straftat offenbart und dieses daher als solches gar nicht erkennbar ist.“ Zudem werde „von Medien und Politikern der Altparteien ständig öffentlichkeitswirksam behauptet, dass Rassismus gegen Deutsche nicht existiere.“

# 53 % der Fälle von Antisemitismus sind nicht zuzuordnen – wirklich?

aktualisiert

## Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in % im Jahr 2022 (2021)



Quellen:

1) Bundesverband RIAS: Jahresbericht, Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022, 10.05.2023 2) American Jewish Committee Berlin Ramer Institute: Antisemitische Tätergruppen, 05.07.2019 3) AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Documenta Fifteen“: Systematisches politisches Versagen auf allen Ebenen“, 18.07.2022 4) Die Welt: „Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Rest der Bevölkerung“, 25.07.2023

1

- Laut dem Jahresbericht des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) ging die Zahl der antisemitischen Anfeindungen und Angriffe 2022 in Deutschland leicht zum Vorjahr (2.738) zurück. Dabei wurde herausgestellt, dass 53 % sich keiner klaren Weltanschauung zuordnen ließen. 13 % der Vorfälle dagegen waren rechtsextrem bzw. rechtspopulistisch.

2

- Dass sich 53 % der Taten nicht zuordnen lassen, verwundert sehr. Denn das „American Jewish Committee Berlin Ramer Institute“ stellte noch im Jahr 2019 fest, dass 31 % aller antisemitischen Tätergruppen islamistisch, 21 % linksextrem, 14 % rechtsextrem und 6 % christlich extremistisch waren.

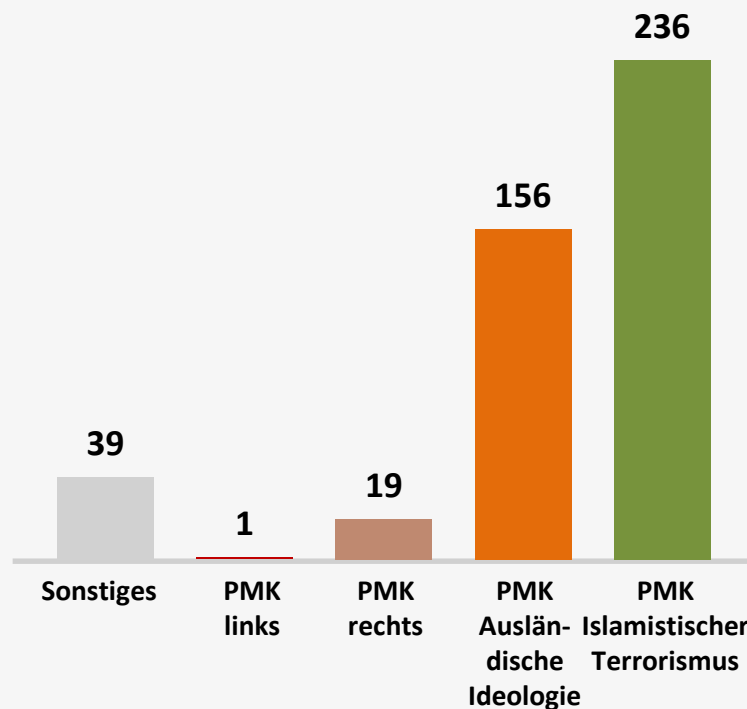
3

- Bei der „Documenta“ in Kassel wurde deutlich, dass antisemitische Stereotype im kulturellen Bereich v. a. bei Linken/Grünen und bei Moslems zu finden sind. Laut einer Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ist „Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Rest der Bevölkerung.“ „Rund ein Viertel (26 %) der Muslime bejahen demnach die Aussage, dass reiche Juden „die eigentlichen Herrscher der Welt“ seien (Bevölkerungsdurchschnitt: sechs %).“

# Gerade der Islamismus macht der Bundesanwaltschaft zu schaffen

aktualisiert

Anzahl der neuen Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft nach Phänomenbereich im Jahr 2022



Quelle:

1) [Andrea Lindholz \(MdB, CDU\): Einleitung Ermittlungsverfahren beim Generalbundesanwalt, 23.02.2023](#) 2) [Die Welt: „Die meisten Terrorverfahren richten sich gegen Islamisten“, 28.02.2023](#) 3) [Neue Zürcher Zeitung, „Kommt die größte Gefahr für die deutsche Demokratie wirklich von rechts?“, 31.12.2021](#)

- 1
  - Die Bundesregierung sieht im Rechtsextremismus die größte Bedrohung Deutschlands. Dem widersprechen die Angaben der Bundesanwaltschaft deutlich.
- 2
  - Allein im Jahr 2022 waren 236 Ermittlungsverfahren gegen den islamistischen Terrorismus (52 %) und 156 Verfahren gegen den Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ (35 %) anhängig.
- 3
  - Anders sieht es beim Rechts- und beim Linksextremismus aus. Bei der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Bereich Linksextremismus wurden nur ein und im Bereich Rechtsextremismus 19 Verfahren eingeleitet.
- 4
  - „Den rechten Extremismus deshalb als größte Gefahr einzustufen, funktioniert aber nur, wenn man die islamistischen Anschläge der vergangenen Jahre ausblendet; und zwar die gerade noch vereitelten und die tatsächlich erfolgten.“



## Unsere AfD-Forderungen zur Innere Sicherheit und Justiz

aktualisiert

1

- Der hohe Anteil ausländischer Tatverdächtiger ist nicht hinnehmbar. Wer als Zuwanderer in Deutschland Straftaten begeht, muss konsequent ausgewiesen werden.

2

- Die kriminellen Clans werden immer dominanter, weil die Regierungen in Bund und Ländern sie nicht effektiv bekämpfen. Durch die ungebremsste Zuwanderung bekommen sie auch noch personellen Nachschub. Wir brauchen eine konsequente Nulltoleranz-Strategie gegen Zuwanderer und Clans. Wer straffällig wird, muss sofort abgeschoben werden.

3

- Seit 2015 gab es unzählige Gruppenvergewaltigungen durch Migranten. Derartige Taten zerstören das Leben der Opfer und sind aufs Schärfste zu verurteilen. Die Justiz muss hier harte Strafen verhängen, Abschiebungen und lebenslanges Einreiseverbot müssen die zwingende Folge sein.

4

- „Ehrenmorde“ oder Messerangriffe werden nicht durch Waffenverbotszonen verhindert. Hier darf es auch kein Verständnis oder Bonus für kulturelle Unterschiede geben. Wir brauchen mehr Polizei in deutschen Innenstädten.

5

- Parteien müssen vor Angriffen von extremistischen Organisationen wie der Antifa besser geschützt werden. Zur Wahrung der Demokratie muss hier härter durchgegriffen werden.

6

- Deutschlands Innenminister sind meist auf dem linken Auge blind. Sie überbetonen den Rechtsextremismus und missachten die verheerenden Sicherheitsgefahren durch den Islamismus und Linksextremismus. Durch ihr ideologiegeleitetes Verhalten gefährden die Innenminister die Innere Sicherheit Deutschlands und damit die vitalen Sicherheitsinteressen der Bürger unseres Landes.

7

- Der Islamismus wird immer stärker in Deutschland und stellt eine ernste Bedrohung unserer Lebensweise dar, u. a. auch für Juden in Deutschland. Radikale und insbesondere extremistische Islamisten müssen konsequent ausgewiesen werden. Der Islamismus darf nicht von der Landeszentrale für politische Bildung ignoriert werden.

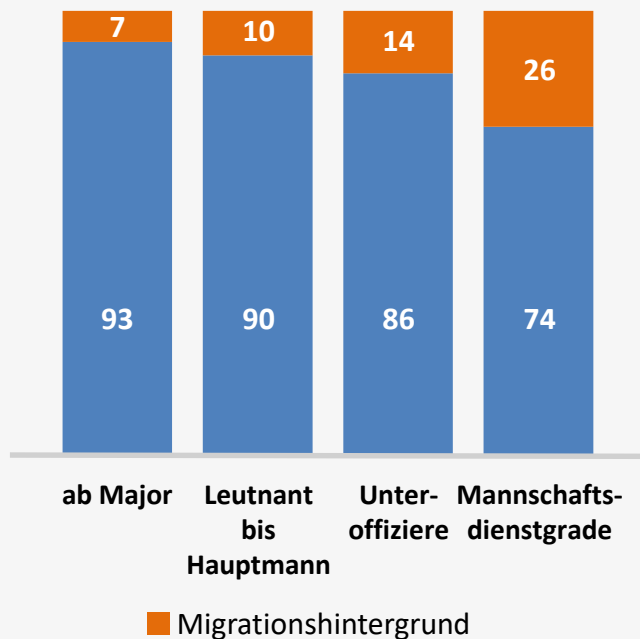
8

- Es müssen rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um bei nichtdeutschen Tatverdächtigen sofort aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten. Denn wer als Ausländer eine schwere deutschfeindliche Straftat begeht, belegt seine Verachtung unserer Gesellschaft und ist damit eine fortwährende Gefahr für die Sicherheit der Bürger.

# Bundeswehr ist „bunt“, kennt aber die Migrationshintergründe nicht

aktualisiert

**Migrationshintergrund in der Bundeswehr nach Rang in % im Jahr 2016**



Quellen: 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Jeder vierte einfache Soldat hat Migrationshintergrund“, 03.07.2016 2) Bundesministerium der Verteidigung: Vielfalt und Inklusion in der Bundeswehr, 2022 3) Der Spiegel: „Ex-Bundeswehrsoldaten kämpfen als Dschihadisten in Syrien“, 31.08.2014 4) Die Welt: „Der Glaubenskrieger“, 21.06.2020 5) Deutsche Welle: „Muslime in der Bundeswehr: Soldat\*innen, aber ohne Seelsorge“, 25.07.2020 6) T-Online „Mehr extremistische Verdachtsfälle in der Bundeswehr“, 12.05.2022 7) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, Jahresbericht 2022, 28.02.2023

1

- Bereits 2016 hatten 26 % der Soldaten im einfachen Dienst einen Migrationshintergrund. Davon dienten im Jahr 2020 bis zu 4.000 Muslime in der Bundeswehr. Im Jahr 2022 führte die Bundeswehr eine Umfrage durch, an der aber nur 27 % aller zivilen und militärischen Bundeswehrangehörigen teilnahmen. Davon gaben nur 8,9 % an, einen Migrationshintergrund zu haben.

2

- Das Verteidigungsministerium wollte zudem die sexuelle Orientierung der Soldaten wissen. Danach waren 93,2 % heterosexuell, 2,3 % homosexuell, je 1,8 % asexuell und bisexuell und 0,9 % pansexuell oder Sonstiges.

3

- „Der Spiegel“ berichtete bereits im Jahr 2014, dass „die Bundeswehr für Islamisten immer attraktiver wird“ und dass Ex-Bundeswehrsoldaten für den IS kämpften. Allein im Jahr 2022 gab es in der Bundeswehr 19 Fälle von Islamismus und 9 Fälle von Ausländerextremismus.

## Falsche Prioritätensetzung durch Energiewende und Massenmigration

- Deutschland liegt bei der Rente in der EU weit zurück. Dennoch soll das Renteneintrittsalter erhöht werden. Bereits heute erhalten 660.000 Rentner Grundsicherung. Die Neuregelungen beim Bürgergeld führen zu einer weiteren illegalen Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme.
- Deutschland trägt die Hauptlast der Migration in ganz Europa. Die Einwanderung und hier besonders die Islamisierung setzt sich fort, da Deutschland weiterhin am Umsiedlungsplan des „Global Compact for Migration“ festhält. 23,8 Mio. Menschen haben in Deutschland einen Migrationshintergrund.
- Unter den Millionen Migranten, die seit 2015 nach Deutschland illegal einreisen, befinden sich nur wenige Fachkräfte. Die Flüchtlingskrise hat die Wohnungsnot deutlich verschlimmert. Gleichzeitig sind 900.000 deutsche Handwerker und Akademiker netto ausgewandert. Sie kommen nicht zurück.
- Deutschland investiert unterdurchschnittlich in Bildung. Die Corona-Zeit hat die Lernrückstände der Schüler vergrößert. In wenigen Jahren gehen 37 % der Lehrer in Pension. Die deutschen Hochschulen sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Gender und Cancel Culture bedrohen die Freiheit.
- Die Energiewende hat dazu geführt, dass die Deutschen mit den höchsten Strompreis in der EU zahlen. Die Firmen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur Deutschland steigt aus der Atomkraft aus. Eine deutsche Klimaneutralität bewirkt global nichts, erzeugt aber jährliche Kosten von 77 Mrd. Euro.
- Dabei stößt Deutschland verhältnismäßig wenig Treibhausgasemissionen aus. Ab 2023 drohen Stromausfälle, da Deutschland sich unter Merkel abhängig von russischem Gas gemacht hat. Der grüne Heiz-Hammer wird die Bürger in Deutschland bis zu 1.000 Mrd. Euro kosten.
- Der Staat und die deutschen Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur und Forschung. Das Bahnnetz wurde mutwillig zerstört. Im MINT-Bereich fehlen 326.100 Fachkräfte. Beim Glasfaserausbau liegt Deutschland auf Entwicklungsland-Niveau.

## Deutschland wird deindustrialisiert und zum Armenhaus in Europa

- Deutschlands Abstieg wurde durch den schwachen Euro und der falschen EZB-Politik eingeleitet. Mit hohen Wohlstandsverlusten ist weiter zu rechnen. Beim Nettovermögen und Wohnungseigentum liegt Deutschland am unteren Ende.
- Die Corona-Pandemie kostete Deutschland mindestens 846 Mrd. Euro, Betrug inklusive. Die Gesamthaftung Deutschlands beträgt derzeit über 14,4 Billionen Euro und ist eine tickende Zeitbombe.
- Die Bürger haben mit der höchsten Inflationsrate seit 1951 zu kämpfen. Die Preissteigerungen werden die Bürger an ihr Existenzminimum bringen. Schuld ist weder die Corona-Pandemie noch der Ukraine-Konflikt. Es ist die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen Merkel und Scholz.
- Ausländer begingen 41,1 % aller Straftaten gegen das Leben, 36,6 % der Vergewaltigungen sowie 38,3 % der gefährlichen und schweren Körperverletzung. Und das, obwohl Ausländer nur einen Anteil von 15,9 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Messerangriffe sind an der Tagesordnung.
- Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit abgerutscht. 92 % der ARD-Volontäre wählen links. Die AfD wird seit Jahren systematisch von den Medien benachteiligt. Die Bundesregierung fördert zudem linke Kampagnen gegen die Opposition.
- Die Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung der Bundeswehr beigetragen. Sensible Rüstungssparten wurden entwertet oder ins Ausland verkauft. Die Bundeswehr ist nur noch bedingt abwehrfähig und einsatzbereit. Einsatzfähige Waffen wurden an die Ukraine verschenkt.

### **Impressum**

V.i.S.d.P.

Dr. Frank Grobe, MdL

E-Mail: frank.grobe@afd-hessen.de

AfD Landesverband Hessen

Ursulum 7

35396 Gießen

<https://afd-hessen.de/>

ISBN 978-3-00-076171-3

1. Auflage

August 2023

### **Nachdruckgenehmigungen**

Ein Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verfassers und mit genauer Quellenangabe erlaubt.

